



Bundesanstalt für
Immobilienaufgaben



Bundesforst

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ellerstr. 56, 53119 Bonn

Oberfinanzdirektion Koblenz
Abteilung Bundesbau
Wallstr. 1
55122 Mainz

SPARTE

GESCHÄFTSZEICHEN **ZEBF-VV3021-05/13.1000**

ANSPRECHPARTNER Georg Reitz
ANSCHRIFT Bundesanstalt für Immobilienaufgaben
Zentrale - Sparte Bundesforst -
Abteilung Dienstliegenschaften
Ellerstr. 56
53119 Bonn

TEL +49 (0)228 37787-530

FAX +49 (0)228 37787- 512

E-MAIL Georg.Reitz@bundesimmobilien.de

INTERNET www.bundesimmobilien.de

DATUM 30.01.2014

Neubau U.S.-Hospital Weilerbach
Waldumwandlungsverfahren gemäß § 45 Abs. 2 Bundeswaldgesetz (BWaldG)
Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

1. Schreiben der OFD Koblenz/ABB vom 10.01.2014, Az. B 1621 AB/AB22
2. Schreiben der OFD Koblenz/ABB vom 15.04.2013, Az. B 1621 AB
3. Schreiben der OFD Koblenz/ABB vom 15.10.2013, Az. B 1621 AB/AB22
4. Schreiben der OFD Koblenz/ABB vom 27.03.2013, Az. B 1621 AB/AB22

Auf Ihren Antrag vom 27.03.2013, bei mir eingegangen am 27.03.2013, ergänzt durch Antrag vom 15.10.2013, bei mir eingegangen am 16.10.2013 und eingeschränkt durch Schreiben vom 10.01.2014 (Gebäude 630 und Baudienststellengebäude der deutschen Bauverwaltung) auf Zulassung der Rodung von Wald in einer Größe von insgesamt 46,0799 ha ergeht folgender

Bescheid

1. Zulassung der Waldumwandlung

- 1.1** Ihrem Antrag auf Umwandlung von Wald nach § 45 BWaldG wird hiermit für eine Fläche von insgesamt 46,0799 ha mit Ausnahme der Fläche unmittelbar an der K 25 für das Baudienststellengebäude der deutschen Bauverwaltung entsprochen.
- 1.2** Die Waldumwandlung ist zulässig auf den im Rodungsverzeichnis vom 01.12.2013, das als **Anlage A1** Bestandteil dieses Bescheides ist, bezeichneten Flächen, die bildlich im Luftbild (**Anlage A2**) dargestellt sind.

2. Nebenbestimmungen

A. 2 Forstwirtschaft

A. 2.1 Ersatzaufforstung

- A 2.1.1** Der durch die Rodung entstehende Waldverlust ist durch Ersatzaufforstungen gemäß dem Aufforstungsverzeichnis Aufforstungsflächen, das als **Anlage A 3** Bestandteil dieses Bescheides ist, auszugleichen. Die hiernach gegenüber der endgültigen Rodungsfläche verbleibende Flächendifferenz ist durch weitere Ersatzaufforstungen auszugleichen.
- A. 2.1.2** Die Durchführung der Ersatzaufforstungen ist spätestens bis zur Beendigung der Bauarbeiten (Schlussabnahme durch die Bauverwaltung) abzuschließen; die Durchführung ist mir spätestens einen Monat nach Beendigung der Bauarbeiten schriftlich nachzuweisen. Als naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen anerkannte Aufforstungsflächen sind neben der Erfassung im Kompensationsverzeichnis (vgl. §17 Abs. 6 und 7 BNatSchG) auch im Zuge der nächsten Forsteinrichtung im Forsteinrichtungswerk als „naturschutzfachliche Kompensationsfläche“ zu kennzeichnen. Ein Nachweis hierüber ist der Oberen Naturschutzbehörde spätestens einen Monat nach In-Kraft-Setzen der nächsten Forsteinrichtung nachzuweisen.
- A. 2.1.3** Soweit die Ersatzaufforstungsflächen nicht im Landes- oder Bundeseigentum stehen, ist mir spätestens mit der Durchführung der Ersatzaufforstungen eine

Einverständniserklärung des Grundstückseigentümers oder dinglich Berechtigten nachzuweisen.

A. 2.1.4 Kultursicherung, Pflege und dauerhafte Erhaltung der Ersatzaufforstungen sind sicherzustellen; dies ist vertraglich sicherzustellen und im Rahmen des Monitorings schriftlich nachzuweisen.

A. 2.1.5 Die Gehölzpflanzungen für die Waldmantelpflanzungen im angrenzenden Bereich der Projektfläche sind mit dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen.

A. 2.2 Sonstige die Forstwirtschaft betreffende Nebenbestimmungen

A. 2.2.1 Sperrungen von Wegen oder anderen Zugängen zu forstlichen Flächen und deren Rückbau im angrenzenden Bereich der Projektfläche können nur nach Abstimmung mit dem Forstamt Kaiserslautern erfolgen. Der Rückbau von Asphaltstraßen in Waldwege mit Schotterflächen erfolgt gemäß den Waldwegebaurichtlinien des Landes Rheinland-Pfalz. Bei einem Rückbau von Asphaltstraßen in Erdwege ist der Erdweg zu profilieren und zu walzen. Zur Rekultivierung zurück gebaute Waldwege sind mit mindestens 30 cm Mutterboden abzudecken. Eine Sperrung oder Nutzung asphaltierter Forstwege zum Zweck ihrer Nutzung als Lagerflächen ist mit dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen.

A. 2.2.2 Wasser aus der Reifenwaschanlage und sonstiges Oberflächenwasser von versiegelten Flächen darf nur nach Gestattung durch das Forstamt Kaiserslautern in die angrenzenden Waldbestände geleitet werden.

A.2.2.3 Das Forstamt Kaiserslautern ist in die Abstimmung des Logistikkonzepts einzubinden.

A. 2.2.4 Beschränkungen forstlicher Maßnahmen im angrenzenden Bereich der Projektfläche, die während der Bauzeit entstehen, sind rechtzeitig im Voraus mit dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen.

A. 2.2.5 Der Vorhabenträger ist verpflichtet, bis zum Beginn der Arbeiten zur Baureifmachung des Baugrundes in Abstimmung mit der ZdF ein Konzept zur Durchführung aller forstlichen Ersatzmaßnahmen unter Einbeziehung der Ersatzaufforstungen zu erarbeiten und nach Abstimmung mit der Oberen Naturschutzbehörde der Zulassungsbehörde vorzulegen. Die Sicherstellung der Finanzierung ist darin nachzuweisen.

- A. 2.2.6** Auf Verlangen des Forstamts muss ein temporärer Teilabbau von Amphibienzäunen erfolgen. Der Zeitpunkt ist mit der ökologischen Bauleitung abzustimmen.
- A. 2.2.7** Der Vorhabenträger ist verpflichtet, mit dem Forstamt Kaiserslautern einvernehmliche Regelungen über geplante Bejagungen im mittleren Bereich der WSA während der Bauzeit zu treffen.
- A. 2.2.8** Durch die neu errichteten Absperrungen und Zufahrten verursachte Erschwernisse bei der Bewirtschaftung des Waldes sind dem Forstamt Kaiserslautern vom Vorhabenträger zu erstatten.
- A.2.2.9** Eine Beeinträchtigung von Bäumen und Waldböden durch die Rodungs- und künftigen Bauarbeiten ist auszuschließen. Der Baubereich ist hierzu nach der Rodung durch einen Bauzaun vom angrenzenden Wald abzutrennen. (vgl. S3 in den Genehmigungsunterlagen)

B. 2. Naturschutz

B. 2.1 Allgemeines:

- Beteiligung des Eigentumsvertreters: Die Flächen außerhalb des Baufeldes werden durch Landesforsten Rheinland-Pfalz, vertreten durch das Forstamt Kaiserslautern bewirtschaftet und sind mit den Rechten der Reichswaldgenossenschaft Kaiserslautern belegt. Sämtliche Konzepte, Maßnahmen oder Begehungen, die Flächen von Landesforsten betreffen, sind mit dem Eigentumsvertreter, der ZdF bzw. dem Forstamt Kaiserslautern, abzustimmen. Dies betrifft insbesondere die Punkte B2.2.1.1, B2.2.1.2, B2.2.1.3, B2.2.3.1, B2.2.3.2, B2.2.8.2, B2.2.9.2, B2.2.13, B2.2.14.1, B2.2.18 und B2.2.19
- Naturschutzfachliche Kompensationsmaßnahmen auf Flächen von Landesforsten werden unter Bezug auf § 21 Abs. 2 LWaldG grundsätzlich durch das Forstamt Kaiserslautern durchgeführt.

B. 2.2 Im Einzelnen

B. 2.2.1 Ökologische Baubegleitung

Die ökologische Baubegleitung dient der Einhaltung und Umsetzung der im Rodungsbescheid festgeschriebenen umweltbezogenen Auflagen und Maßnahmen sowie der Sorgfalt, Beeinträchtigungen von Natur und Umwelt während der Abwicklung der Baumaßnahme möglichst zu vermeiden oder zu minimieren.

B. 2.2.1.1 Ökologische Baubegleitung (vgl. V8 in den Genehmigungsunterlagen) - Zur Überwachung der Maßnahmen von Natur und Landschaft hat der Vorhabenträger rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen für die Bauzeit eine verantwortliche ökologische Baubegleitung zu bestellen und der oberen Naturschutzbehörde, SGD Süd zu benennen. Der/die ökologische Bauleiter/in muss über ein abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium im naturwissenschaftlichen Bereich verfügen, welches vertiefte Kenntnisse auf dem Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftsökologie vermittelt und darüber hinaus über praktische Erfahrung verfügen. Insbesondere faunistische/tierökologische Fachkenntnisse mit Schwerpunkt auf Ornithologie sind nachzuweisen. Der hierfür vorgesehene Ansprechpartner ist mit Kontaktdaten der Oberen Naturschutzbehörde, SGD Süd spätestens zu Beginn der Baumaßnahme schriftlich mitzuteilen.

B. 2.2.1.2 Der Vorhabenträger hat eine zuständige Person in der Bauleitung als Ansprechpartner für die ökologische Baubegleitung und ggf. die Obere Naturschutzbehörde, SGD Süd zu benennen. In Abstimmung mit der Fachbehörde ist von dieser Person auf Seiten des Vorhabenträgers auf der Basis der in den Genehmigungsunterlagen formulierten Maßnahmen des Natur- und Artenschutzes ein Leistungsprogramm über die gesamte Bauzeit zu erarbeiten.

B. 2.2.1.3 Die ökologische Baubegleitung ist entsprechend ihrer Fachkompetenz bereits in die Phase der Ausschreibung und v. a. bei der Aufstellung von Bauzeitenplänen zu integrieren. Eine kontinuierliche Dokumentation der Tätigkeiten des Umweltbaumanagements ist der Oberen Naturschutzbehörde der SGD Süd in Abhängigkeit vom Baufortschritt, mindestens jedoch monatlich vorzulegen.

B. 2.2.1.4 Während der Rodung und der Baufeldfreimachung ist das gesamte Baufeld durch die ökologische Baubegleitung auf artenschutzrechtliche Belange hin zu beobachten und zu begleiten. Entsprechende relevante Ereignisse, welche nicht vorhersehbar waren, wie das Einwandern besonders geschützter Arten in das Baufeld, sind unverzüglich der Oberen Naturschutzbehörde mitzuteilen. Die ökologische Baubegleitung muss insbesondere während der Phase der Baumfällung und Rodung der Wurzelstubben durchgängig vor Ort sowie während der sich anschließenden Bauzeit telefonisch erreichbar sein, um ggfs. umgehend Tierrettungsmaßnahmen übersehener oder nachträglich eingewanderter Tiere einleiten zu können.

B. 2.2.2 Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen des landschaftspflegerischen Begleitplans

Die im landschaftspflegerischen Begleitplan vorgesehenen Maßnahmen sind vom Vorhabenträger umzusetzen. Die detaillierten Beschreibungen der natur- und artenschutzfachlichen Maßnahmen sind im Einzelnen dem LBP (vgl. Anlage 1) und der saP (vgl. Anlage 2) zu entnehmen. Der Vorhabenträger hat weiter folgende Vorgaben zu beachten:

B. 2.2.3 Landschaftspflegerischer Ausführungsplan/Waldumbaumaßnahmen

B. 2.2.3.1 Der Vorhabenträger hat für die Maßnahmen M8, M9, M10, M11, M12 sowie V19 spätestens vier Wochen nach Rodungsbeginn unter Einbeziehung der ökologischen Baubegleitung einen landschaftspflegerischen Ausführungsplan aufzustellen und mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen. Hierin ist die zeitliche Abfolge der Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen zu regeln. Bestandteil muss insbesondere auch ein Ablaufplan für die Waldumbaumaßnahmen (V12 des landschaftspflegerischen Begleitplans) sein.

Bis spätestens zum 01. Juli 2014 (ausgenommen CEF Maßnahmen) ist ein Konzept zu erarbeiten, in dem die zeitliche Reihenfolge aller naturschutzfachlichen und forstrechtlichen Kompensationsmaßnahmen begründet dargestellt wird (V12 landschaftspflegerischer Begleitplan). Dieses Konzept ist mit der ökologischen Baubegleitung zu erarbeiten und mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd und der zuständigen Forstbehörde abzustimmen. Das Konzept ist auch mit dem Konzept zur Durchführung der forstlichen Maßnahmen (Nebenbestimmung **A. 2.2.5**) abzustimmen.

Die ordnungsgemäße Durchführung der Kompensationsmaßnahmen ist der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd unaufgefordert und entsprechend dem o.a. zeitlichen Ablaufplan durch eine Bestätigung des Vorhabenträgers spätestens vier Wochen nach Beendigung der Bauarbeiten (Schlussabnahme durch die Bauverwaltung) nachzuweisen.

B. 2.2.3.2 Die Waldumbaumaßnahmen auf der WSA (M22-M29), ROB Ost (E5-E7) sowie die externen Kompensationsmaßnahmen (E8-E30) dienen der natur- und artenschutzfachlichen Kompensation des Waldverlustes. Die im Landschaftspflegerischen Begleitplan vorgesehenen Waldumbaumaßnahmen in der WSA sind aus artenschutzrechtlichen Gründen (Leitart: Wildkatze) zwingend erforderlich. Die zeitliche und fachliche Konkretisierung dieser Maßnahmen erfolgt in einem Ablaufplan (Auflage B. 2.2.3.1), bei dem die in Maßnahme V12 beschriebenen Kriterien zu berücksichtigen sind. Der kontinuierliche Erhalt von Rückzugshabitaten für Wildkatze und Schwarzspecht ist im Ablaufplan zu berücksichtigen (V13). In die Erarbeitung des Ablaufplans ist die ökologische Baubegleitung einzubinden. Der Ablaufplan ist mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd und dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen.

B. 2.2.3.3 Eine künftige forstliche Nutzung erfolgt unter ökologischen Gesichtspunkten entsprechend der Richtlinie „Ziele und Grundsätze einer ökologischen Waldentwicklung in Rheinland Pfalz“ in der Fassung vom 24.06.1993Az: 10524- 5001. Eine naturschutzfachliche Anrechenbarkeit zur Kompensation ist nur gegeben, wenn die in Auflage B. 2.2.10 genannten Anforderungen erfüllt sind.

B. 2.2.4 Nachweis der Durchführung der Kompensationsmaßnahmen

Die ordnungsgemäße Durchführung der Kompensationsmaßnahmen ist der Oberen Naturschutzbehörde unaufgefordert und spätestens bis zur Fertigstellung der Baumaßnahme (Schlussabnahme durch die Bauaufsicht) durch eine schriftliche Bestätigung des Vorhabenträgers, nachzuweisen. Nach Abschluss der Maßnahme ist eine Abschlussbilanzierung (vgl. Auflage **B. 2.2.19**) vorzulegen.

B. 2.2.5. Kompensationsflächenkataster/Forstliches Einrichtungswerk

B. 2.2.5.1 Gem. §17 Abs. 6 BNatSchG sind sämtliche Kompensationsmaßnahmen im Kompensationsflächenkataster zu erfassen. Die Eingabe der Projektdaten ist zu veranlassen. Die Daten sind mit allen erforderlichen Angaben in das Kataster einzugeben und über das Monitoring in seinem weiteren Verlauf zu dokumentieren. Die Sachdaten sind OSIRIS-RLP-konform zu erfassen, d.h. die jeweils aktuellen Kartierschlüssel und Kartieranleitungen sind zu verwenden (s. unter http://www.naturschutz.rlp.de/osiris/web_osiris/index.htm) und in geeigneter Form (xml; dbase; access) zu übermitteln. Dabei sind die Geodaten im shape-Format abzulegen. Für weitere Informationen zu den technischen Details steht die SGD Nord zur Verfügung.

B. 2.2.5.2 Die naturschutzrechtlichen Kompensationsflächen im Wald sind im Forsteinrichtungswerk bei seiner nächsten Fortschreibung als „naturschutzfachliche Kompensationsflächen“ zu kennzeichnen. Hierüber ist der Oberen Naturschutzbehörde bis zur Beendigung der Bauarbeiten (Schlussabnahme durch die Bauverwaltung), spätestens aber bis zur Erstellung eines neuen Forsteinrichtungswerkes, ein Nachweis vorzulegen.

B. 2.2.6 Monitoring

Das Monitoring ist gemäß Maßnahme V25 durchzuführen und soll insbesondere Wildkatze, Bechsteinfledermaus, Mauer- und Zauneidechse sowie die Kreuzkröte berücksichtigen. Darüber hinaus ist der Entwicklungserfolg der Ersatzhabitate zu belegen. Kann der Erfolg der durchgeführten Kompensationsmaßnahmen im Monitoring nicht nachgewiesen werden, sind weitere Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, den Eingriff zu kompensieren. Insbesondere sind zusätzliche Maßnahmen zu treffen, die den Lebensraum der Wildkatze und den Wanderkorridor sichern. Die Maßnahmen sind mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen.

Auf der Grundlage von V25 sind für die dort genannten Tiergruppen unter besonderer Berücksichtigung der aufgeführten Einzelarten bis zum Beginn der Maßnahmen zur Herstellung des Baugrundes konkrete Monitoringkonzepte vorzulegen. Das Monitoring muss - in Abhängigkeit der Aktivitätszeit der Arten des Monitorings – jedoch bereits parallel zu den Rodungsarbeiten - beginnen. Bei Mauer- und Zauneidechse sind im Monitoring die Maßnahmenflächen FCS1, FCS2 und M12 zu integrieren. Der

Entwicklungserfolg der Ersatzhabitate dieser beiden Arten ist mit einer geeigneten Methodik zu dokumentieren und nachzuweisen. Das Ergebnis des Monitorings ist mit dem Pflege- und Entwicklungsplan (vgl. Auflage B. 2.2.9) abzugleichen; ggf. sind Maßnahmen nachzusteuern. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass die unter Maßnahme V22c vorgesehene Barriere zum Schutz der Mauereidechsenpopulation am Verladebahnhof wirksam ist.

In den Konzepten sollen bereits Vorschläge für Gegenmaßnahmen erarbeitet werden, die ergriffen werden können, falls das Ergebnis des Monitorings zeigt, dass es entgegen der derzeitigen Prognosen zu einer Verschlechterung der Erhaltungszustände der Lokalpopulationen kommt. Die Konzepte sind mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen.

B. 2.2.7 Maßnahme C1 Schaffung von Ersatzquartieren

Die Maßnahme C1 „Schaffung von Ersatzquartieren“ des landschaftspflegerischen Begleitplans ist in Abstimmung mit den langfristigen Waldumbaumaßnahmen (vgl. Maßnahmen M26 – M32) bzw. Altholzsisicherung und Ausweisungen von Biotopbaumgruppen (vgl. Auflage B. 2.2.10) durchzuführen. Für die Maßnahmen ist ein Monitoring vorzusehen.

B. 2.2.8. Bauablaufplan/Logistikkonzept

B. 2.2.8.1 Vor Beginn der Rodungsarbeiten ist ein Rodungskonzept vorzulegen und mit der Oberen Naturschutzbehörde und dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen.

B. 2.2.8.2 Vor Beginn der Baureifmachung der Bauflächen ist ein Baustelleneinrichtungs- und –ablaufplan und ein Logistikkonzept vorzulegen und mit der Oberen Naturschutzbehörde und dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen; ergeben sich Veränderungen sind diese ebenfalls mit der Oberen Naturschutzbehörde und dem Forstamt Kaiserslautern abzustimmen.

B. 2.2.8.3 Ergibt sich aus der Umsetzung des Rodungskonzepts sowie des Baustelleneinrichtungs- und –ablaufplanes oder des Logistikkonzepts, dass weitere Artenschutzprüfungen erforderlich sind, sind diese in Abstimmung mit der Oberen Naturschutzbehörde unverzüglich zu veranlassen.

B. 2.2.9 Freiflächen um das Hospital/Offenlandflächen/PEPL

B. 2.2.9.1 Freiflächen um das Hospital

Für die Freiflächen um das Hospital, die als Kompensationsflächen anerkannt werden, ist bis zum Abschluss der Bauarbeiten (Schlussabnahme durch die Bauaufsicht) ein Pflege- und Entwicklungsplan (PEPL) zu erstellen und mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen.

B. 2.2.9.2 Offenlandflächen/PEPL

Zur langfristigen Sicherung der bestehenden bzw. im Zuge der naturschutzfachlichen Kompensationsmaßnahmen entstehenden Offenlandflächen ist vom Vorhabenträger ein Pflege- und Entwicklungsplan (PEPL) zu erarbeiten. Der PEPL ist mit der Oberen Naturschutzbehörde sowie für Maßnahmen auf Flächen im Eigentum von Landesforsten auch mit der Zentralstelle der Forstverwaltung, vertreten durch das Forstamt Kaiserslautern, abzustimmen und nach Fertigstellung des Bauwerks dem künftigen Nutzer zur langfristigen Umsetzung zu übergeben. Das Erreichen der im PEPL für die einzelnen Flächen formulierten vegetationskundlichen und faunistischen Entwicklungsziele ist nach Herstellung der Kompensationsflächen, spätestens aber nach Abschluss der Baumaßnahme, im 3-jährigen Turnus in Form eines Berichts der Oberen Naturschutzbehörde vorzulegen. Die Konkretisierung dieses Berichts ist ebenfalls Bestandteil des PEPL.

Entsiegelung und Entwicklung des Offenland-Biotopkomplexes am Verladebahnhof sind mit Baubeginn, d. h. Herrichtung des Baufeldes, umzusetzen.

Im PEPL zu berücksichtigen sind die Maßnahmenflächen M8, M9, M10, M11, M12, M16, M17, M18, M19, M20, M21 sowie der von Gehölzanwuchs freizuhaltende Streifen entlang des Grabens auf Maßnahmenfläche E21. Darüber hinaus sind die Maßnahmenflächen FCS1 und FCS2 sowie die X-Area mit einzubeziehen.

In dem regelmäßig vorzulegenden Bericht ist insbesondere bei den Maßnahmen FCS1 und FCS 2 sowie von C1 der faunistische Erfolg zu dokumentieren.

B. 2.2.10 Naturschutzfachliche Anrechenbarkeit der forstlichen Kompensationsmaßnahmen

Auf den Flächen zur Umsetzung der Waldumbaumaßnahmen M22 – M29 sowie E10 sind gemäß der Vereinbarung zwischen den Abteilungen Naturschutz (Abt. 102) und Forsten (Abt. 105) des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten über die Anerkennung der Elemente des „Konzeptes zum Umgang von Biotopbäumen, Altbäumen und Totholz“ (BAT-Konzept) vom 26.03.2012 2 Biotopbaumgruppen pro 3 Hektar auszuweisen. Die Definition der Biotopbaumgruppen basiert auf der zitierten gemeinsamen Vereinbarung.

Sollte sich vor Ort bei der Umsetzung der Maßnahme erweisen, dass diese Maßnahme in Teilbereichen nicht sinnvoll umsetzbar ist (bspw. aufgrund der vorhandenen Altersstruktur oder der Baumartenzusammensetzung), ist statt der Ausweisung bestehender Baumgruppen als Biotopbaumgruppen eine Neupflanzung von Baumgruppen als künftige Zielbäume des Arten- und Biotopschutzes vorzunehmen. Die Auswahl der Baumarten erfolgt neben der Berücksichtigung der Standortgegebenheiten vor allem unter ökologischen Aspekten und dient keiner forstwirtschaftlichen Nutzung. Im Ablaufplan für die Waldumbaumaßnahmen (Nebenbestimmung B 2.2.3) sind die Gründe für eine Abweichung von der o. g. Vereinbarung darzustellen. Eine Übersicht über die durchgeführten Maßnahmen ist der Abschlussbilanzierung (vgl. Auflage B. 2.2.19) beizufügen.

Feuchte Standorte: Sal-Weide (*Salix caprea*), Moor-Birke (*Betula pubescens*)
u.a.m.

Mittlere Standorte: Vogelbeere (*Sorbus aucuparia*), Mehlbeere (*Sorbus aria*)
u.a.m,

Anzahl pro Flächeneinheit, Größe und Anrechenbarkeit der neu gepflanzten Gehölzgruppen erfolgt analog zu den Biotopbaumgruppen.

B. 2.2.11 Entwässerung/technische Bauwerke

B. 2.2.11.1 Die Grundsätze zur Oberflächenwasserableitung vor dem Hintergrund des Grundwasserschutzes und zum Ausgleich für den reduzierten Oberflächenwasserzufluss zum Feuchtbiotopkomplex in Maßnahme M7 sind

zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist bei allen wasserbaulichen und entwässerungstechnischen Anlagen darauf zu achten, dass es nicht zu einer Beeinträchtigung von Amphibien oder Kleinsäugern im Sinne des § 44 BNatSchG kommen darf.

- B. 2.2.11.2** Bei der Ausführung von technischen Bauwerken ist die Verhinderung des Eindringens oder eine Möglichkeit des Ausstieges von Wirbeltieren zu gewährleisten.

B. 2.2.12 Bauzeitenregelung

Die Vorgaben in Maßnahme V9/V10 zur Regelung der Bau- und Rodungszeiten unter artenschutzfachlichen Aspekten (v. a. für Mauer-/ und Zauneidechse, Raufußkauz und Turteltaube) sind einzuhalten. Die Überwachung obliegt der fachkundigen Person für Tierökologie (insbesondere Ornithologie) der ökologischen Baubegleitung.

Die Fällung der Bäume sowie die Aufarbeitung des hierbei anfallenden Materials (Stammholz, Kronenmaterial) sind außerhalb der Brutzeiten der im Bau- und Rodungsfeld und den angrenzenden Bereichen vorkommenden empfindlichen Brutvögel und der Wildkatze durchzuführen. Als Richtwert für den Abschluss der Arbeiten gilt hier der 01. März. Sollten die Maßnahmen im Februar nicht **abgeschlossen** werden können, ist der Witterungsverlauf vor dem Hintergrund des Beginns der Brut- und Nistzeit von einer fachlich (insbesondere ornithologisch) versierten Person der ökologischen Baubegleitung einzuschätzen und zu überwachen. Sollten sich die forstlichen Arbeiten mit dem Beginn des Brutgeschäftes überschneiden, ist umgehend eine Abstimmung mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd vorzunehmen; ggf. sind die Arbeiten dann zu unterbrechen. Die Fachperson muss insbesondere während der Phase der Baumfällung und Rodung der Wurzelstubben telefonisch erreichbar sein, um ggf. umgehend Tierrettungsmaßnahmen übersehener oder nachträglich eingewanderter Tiere einleiten zu können. Darüber hinaus muss sie artenschutzfachlich relevante Ereignisse, welche nicht vorhersehbar waren und somit nicht in den hier vorgelegten Unterlagen berücksichtigt werden konnten, wie das Einwandern von Tieren in das Bau- und Rodungsfeld, unverzüglich der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd melden. Ein besonderes Augenmerk ist hierbei auf Pionierarten wie die Heidelerche oder Amphibienarten zu legen.

B. 2.2.13 Zeitpunkt der Rückbaumaßnahmen

Der Zeitpunkt der Rückbau- und Entsiegelungsmaßnahmen in der WSA (M1 – M5) und im Osten der ROB (E1-E4) ist unter artenschutzfachlichen Gesichtspunkten in Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung festzulegen. Hierbei ist beim Wegerückbau insbesondere auf die Zeit der Winterstarre der Reptilien zu achten. Der durch den Rückbau entstehende Abraum ist nach Möglichkeit ohne Zwischenlagerung abzufahren und fachgerecht zu entsorgen. Ist eine kurzzeitige Lagerung in der WSA nicht vermeidbar, so ist die Lagerfläche außerhalb ökologisch wertvoller Wald- und Offenlandbereiche zu positionieren. Diese Flächen sind mit der ökologischen Baubegleitung festzulegen und mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd abzustimmen.

Die Aufforstung von rückgebauten bzw. entsiegelten Flächen sowie die Aufforstung bzw. Entwicklung eines Offenland-Biotopkomplexes am Verladebahnhof (M12, M15) dienen der naturschutzfachlichen Kompensation des Waldverlustes und haben daher so zeitnah wie möglich zu erfolgen. Die Maßnahmen am Verladebahnhof sind gem. Auflage **B. 2.2.9.2** mit Baubeginn umzusetzen. Darüber hinaus sollen damit menschliche Störungen im naturschutzfachlich sensiblen Nordteil der WSA vermieden werden (V16).

B. 2.2.14 Wildkatze

B. 2.2.14.1 Kompensationsmaßnahmen

Die im landschaftspflegerischen Begleitplan vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen für die Wildkatze (Mk1 – Mk6) sind umzusetzen. Darüber hinaus sind in Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung, beginnend mit dem Rodungsbeginn und endend mit Abschluss der Rodung folgende Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung der Wildkatzenpopulation zu ergreifen:

- Aufschichtung von Wurzeltellern als Fortpflanzungshabitat in den Waldbereichen der WSA, die als Rückzugsraum für die Wildkatze während der Baumaßnahme ausgewiesen werden (vgl. V13).

- Exklusive Sicherung der Bahnunterführung unter der A6 als Querungshilfe für Wildtiere und der damit verbundene Ausschluss des übrigen Verkehrs.
- Freihaltung des östlichen Wildkatzen-Korridors von jeglichen Störungen sowie nur eingeschränkte Nutzung des Verladebahnhofes zur Erdablagerung und damit zusammenhängenden Fahraktivitäten und anderer Maßnahmen (V11). Durch die ökologische Baubegleitung ist sicherzustellen, dass der Verladebahnhof nur zur langfristigen Lagerung von Oberboden genutzt wird. Die An- bzw. Abfuhrzeiten mit den damit einhergehenden Störungen für die Wildkatze (Licht, Lärm, optische Reize) sind an den Bedürfnissen der Wildkatze auszurichten. Im Rahmen der Nutzung des Verladebahnhofes zur Erdablagerung soll entlang des Westrandes ein Damm aus unverdichtetem Oberboden aufgeschüttet werden, der den Bereich von den Lärm- und Lichtemissionen aus dem Baufeld abschottet. Maßnahmen im Zuge der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft und Jagdausübung sind unbenommen.
- Erleichterung der Querung der zu erhaltenden Sicherheits-Zaunanlagen durch Einbau von mehreren gesicherten Wildkatzen-Schlupflöchern im Norden und Süden der WSA.
- Außerhalb der WSA ist das internetgestützte Geländespiel „Geocaching“, auf den Eigentums- bzw. Pachtflächen des LBB über an die Plattformbetreiber gerichtete Verbote einzuschränken. Die für die Ungestörtheit der Wildkatze wichtigen Bereiche nördlich und südlich der WSA sind bzgl. der Inanspruchnahme des Spieles im Rahmen des Monitorings zu kontrollieren sowie ggf. zu unterbinden.
- Die Errichtung weiterer baulicher Anlagen in der WSA hat zu unterbleiben; Ausnahmen sind mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen.

Weitere Maßnahmen - wie zum Beispiel die Herrichtung von Querungshilfen oder die Verbesserung von alternativen Wanderkorridoren - sind ggf. durch das Monitoring festzulegen, falls die fachgutachterliche Einschätzung der durchgeführten Maßnahmen im Monitoring ergibt, dass die Maßnahmen ganz

oder teilweise erfolglos waren und der Lebensraum der Wildkatze (Wanderkorridor) beeinträchtigt wird.

Für die Arten Bechsteinfledermaus und Wildkatze sind spätestens zum jeweils 1. November eines jeden Jahres bis mind. 2 Jahre nach Beginn der Betriebsphase der Oberen Naturschutzbehörde, SGD Süd, Referat 42, Monitoring-Berichte über die Durchführung und den Erfolg der Maßnahmen bzw. den Zustand der betroffenen Populationen vorzulegen.

B. 2.2.14.2 Rechtliche Sicherstellung der Maßnahmen Mk3 und Mk4

Die Umsetzung der Maßnahmen Mk3 und Mk4 ist rechtlich dauerhaft zu sichern. Hierzu kommen ein Flächenankauf oder eine anderweitige dingliche Sicherung (z. B. eine Grunddienstbarkeit), bei Flächen der öffentlichen Hand auch der Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, in Betracht. Die rechtliche Sicherstellung ist der Oberen Naturschutzbehörde unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Beginn der Arbeiten zur Baureifmachung des Baugrundes nachzuweisen. Sollte sich ergeben, dass die Maßnahmen nicht im erforderlichen Umfang rechtlich sichergestellt werden können, hat der Vorhabenträger dies unverzüglich der Oberen Naturschutzbehörde mitzuteilen. In diesem Fall hat der Vorhabenträger alternative Maßnahmen zu Mk3 und Mk4 in Abstimmung mit der Oberen Naturschutzbehörde sowie anerkannten Wildkatzenexperten zu erarbeiten, die eine vergleichbare artenschutzrechtliche Wirksamkeit haben.

B. 2.2.15 Schutz von Reptilien und Amphibien

Der Fang und die Umsiedlung von Reptilien (V2 und V3) haben solange bei optimalen Witterungsverhältnissen stattzufinden, bis die Fangquote an mehreren aufeinanderfolgenden Terminen Null beträgt.

Vor der Beseitigung oder sonstiger beeinträchtigender Nutzung der Bereiche der Eidechsenhabitate bzw. spätestens vor Beginn der Eiablage 2014 sind an geeigneten Tagen so lange Tiere durch eine fachkundige Person abzufangen, bis die Fangquote an mehreren hintereinander folgenden Tagen Null beträgt. Im Spätsommer 2014 ist eine Nachkontrolle und ggf. eine weitere Fangaktion im Baufeld durchzuführen. Nach erfolgtem Abfangen sind die Flächen für Eidechsen unattraktiv zu gestalten und eine erneute Zuwanderung zu unterbinden. Die Tiere sind unmittelbar nach dem Fang in den vorbereiteten

Habitatflächen wieder auszusetzen. Diese Zielflächen müssen jegliche für das weitere Überleben der Tiere notwendige Ausstattungen wie Nahrungs-, Versteck-, Besonnungs- und Überwinterungshabitate in ausreichender Qualität und Quantität aufweisen. Für den Fall, dass wesentlich mehr Tiere gefangen werden als ursprünglich angenommen, ist ein Konzept dazu zu erstellen und mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen, wie die bisher hergestellten Habitate ggf. kurzfristig erweitert, oder an anderer Stelle ergänzt werden können. Für die herzustellenden und zu schützenden Eidechsenhabitate ist spätestens vier Wochen nach Umsiedlungsbeginn ein Pflege-/Unterhaltungskonzept vorzulegen, aus dem hervorgeht wie die Flächen dauerhaft als Habitat für die Tiere gesichert werden sollen. Während der Umsiedlungsmaßnahmen ist mit den gefangenen Tieren entsprechend der guten fachlichen Praxis schonend umzugehen.

Barrieren für Reptilien müssen wirksam gestaltet sein und dürfen nicht die Gefahr von Tierfallen darstellen. Die ökologische Baubegleitung ist hierzu in die technische Ausführungsplanung einzubeziehen. Details können bei Bedarf mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd abgestimmt werden.

Zum Schutz der Reptilien- bzw. Amphibienarten während der Bauphase sind die Maßnahmen V22, V23 und V24 umzusetzen.

Ergänzend zur Maßnahme V9 sind an den Stellen der rückgebauten Teiche im Frühjahr 2014 durch die fachkundige Person für Tierökologie der ökologischen Baubegleitung Kontrollen auf zurückkehrende Tiere durchzuführen, um die Tötung der im Baufeld durch den Amphibienschutzzaun eingeschlossenen Tiere zu vermeiden.

Das gesamte Baufeld ist im Bereich durch den Baubetrieb temporär entstehender Wasserflächen auf Amphibienvorkommen (Pionierarten wie die Kreuzkröte) durch die fachkundige Person für Tierökologie der ökologischen Baubegleitung zu überwachen. Vor der Beseitigung oder sonstiger Beeinträchtigung von durch Amphibien genutzten Habitaten haben an geeigneten Tagen solange Tierrettungsmaßnahmen (Laich, Larven, Jungtiere sowie Adulte) durch eine fachkundige Person stattzufinden, bis die Fangquote an mehreren hintereinander folgenden Tagen Null beträgt. Während der Bauzeit sind regelmäßige Kontrollen und ggf. weitere Rettungsaktionen im Baufeld durchzuführen. Nach erfolgtem Abfangen sind die Flächen für

Amphibien unattraktiv zu gestalten und eine erneute Zuwanderung zu unterbinden. Die Tiere sind unmittelbar nach dem Fang in geeignete, notfalls kurzfristig herzustellende Habitatflächen wieder auszusetzen. Diese Zielbereiche müssen ggf. jegliche für das weitere Überleben der Tiere notwendige Ausstattungen wie Nahrungs-, Versteck-, Besonnungs- und Überwinterungshabitate in ausreichender Qualität und Quantität aufweisen.

Im gesamten Entwässerungssystem darf es nicht zu einer Beeinträchtigung der Kreuzkröte im Sinne des § 44 (1) BNatSchG kommen. Bei der Ausführung von technischen Bauwerken ist die Verhinderung des Eindringens oder eine Möglichkeit des Ausstieges von Wirbeltieren zu gewährleisten.

Ergänzend zu Maßnahme V9 sind an den Stellen der rückgebauten Teiche im Frühjahr 2014 durch die fachkundige Person für Fauna der ökologischen Baubegleitung Kontrollen auf zurückkehrende Tiere durchzuführen, um die Tötung der im Baufeld durch den Amphibienschutzzaun eingeschlossenen Tiere zu vermeiden. Für die Arten Mauer- und Zauneidechse sowie die Kreuzkröte sind spätestens jeweils zum 1. November eines jeden Jahres bis mind. 2018 der Oberen Naturschutzbehörde, SGD Süd, Referat 42, entsprechende Monitoring-Berichte über die Durchführung und den Erfolg der Maßnahmen bzw. den Zustand betroffenen Populationen vorzulegen.

Die Maßnahme V18 „Anlage einer dauerhaften Amphibienleiteinrichtung“ ist nach Fertigstellung der Straßen umzusetzen.

B. 2.2.16 Fledermausschutz

Bis zur Wirksamkeit der Pflanzungen als Überflughilfen für Fledermäuse, der sog. „Hop-Over“ (vgl. Maßnahme V19), im Bereich des Kreisverkehrsplatzes und als Redundanz ist die Maßnahme durch einen Zaun o. ä. im Zuge der Erstellung der landschaftspflegerischen Ausführungsplanung (vgl. Nebenbestimmung **B. 2.2.3**) zu ergänzen und spätestens 2 Wochen nach Rodungsbeginn mit der Oberen Naturschutzbehörde abzustimmen. Durch die Neugestaltung der Verkehrsanbindung sowie die Herstellung der Hindernisfreiheit für den Hubschrauberlandeplatz und die damit zusammenhängende starke Veränderung der Waldränder ist davon auszugehen, dass sich die Wahl der Flugroute der Fledermäuse ändern kann. Hierzu ist spätestens 2 Wochen nach Rodungsbeginn eine Einschätzung eines Fledermausspezialisten einzuholen. Ggf. sind weitere „Hop-Over“-Bereiche

herzustellen. In jedem Fall sind die Querungsaktivitäten in dem Bereich mit Beginn des Eingriffs bzw. der Flugzeit der Fledermäuse im Monitoring zu betrachten. Die CEF-Maßnahme „Schaffung von Ersatzquartieren“, hat in Abstimmung mit den langfristigen Waldumbaumaßnahmen bzw. Altholz Sicherungen stattzufinden. Für den Habitatverlust sind mit Beginn der Rodungsmaßnahmen Ersatzlebensräume für die Art durch Waldumbau gemäß der saP (vgl. Anlage 2) bzw. des LBP (vgl. Anlage 1) bereitzustellen.

B. 2.2.17 Beleuchtung

B 2.2.17.1 Beleuchtung während der Bauzeit

Die Umsetzung der Maßnahmen V14 und V15 ist von der ökologischen Baubegleitung zu überwachen. Bei der Beleuchtung jeglicher Art sind sowohl während der Bau- als auch während der Betriebsphase die artenschutzfachlichen Bedürfnisse zu gewährleisten. Festlegungen zur Beleuchtung während der Bauzeit sind in Abstimmung mit der ökologischen Baubegleitung (Auflage B 2.2.1) zu treffen. Die in den Maßnahmen genannte störungsfreie (und damit beleuchtungsfreie) Ruhephase zwischen 22.00 Uhr und 5.00 Uhr ist einzuhalten.

Der Rückbau der Beleuchtung des Verladebahnhofs sowie der X-Area (M6) ist im ersten Jahr der Bauzeit umzusetzen und durch die ökologische Baubegleitung zu dokumentieren. Diese Dokumentation ist der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd vorzulegen.

B. 2.2.17.2 Beleuchtung der Ostzufahrt

Eine Beleuchtung der Ostzufahrt ist unzulässig. Wie im LBP bei der Maßnahme V17 beschrieben, sind Rettungsfahrzeuge von der Geschwindigkeitsbegrenzung ausgenommen.

B 2.2.18 20 kV-Übergabestation

Für die 20 kV-Übergabestation im Südwesten ist zu prüfen, ob diese Übergabestation aus dem direkten Bereich der zu erhaltenden Altholzfläche für die Bechsteinfledermaus, entlang des vorhandenen Weges in Abstimmung mit der Oberen Naturschutzbehörde und dem Forstamt Kaiserslautern verschoben werden.

B. 2.2.19 Abschlussbilanzierung der Kompensationsmaßnahmen/Abweichungen von festgelegten Kompensationsmaßnahmen

Da von einer „Worst-Case“ Betrachtung hinsichtlich des Eingriffes ausgegangen wird, ist eine Abschluss-Bilanzierung nach Umsetzung des Vorhabens vorzulegen. Sollten einige Maßnahmen nicht erforderlich werden, ist die Auswahl aus fachlichen Gründen „abzuschichten“ und mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd abzustimmen.

Sind Abweichungen bei den naturschutzfachlichen Kompensationsmaßnahmen vom Planungsstand zum Zeitpunkt der Genehmigung notwendig, die sich durch den Grunderwerb oder im Zuge der Umsetzung möglicherweise ergeben, sind diese bei gutachtlichem Nachweis der Gleichwertigkeit und in Abstimmung mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd möglich.

Der Vorhabenträger hat nach Umsetzung sämtlicher naturschutzfachlicher Kompensationsmaßnahmen, spätestens nach Fertigstellung der Baumaßnahme, eine Schlussbegehung aller Flächen mit der Oberen Naturschutzbehörde SGD Süd durchzuführen. In den darauf folgenden 15 Jahren sind in 3-jährigem Turnus auf der Grundlage des Berichts des PEPL (vgl. Auflage **B. 2.2.9**) Begehungen mit der ONB durchzuführen um die Entwicklung der Kompensationsflächen zu überprüfen. Der Zeitraum kann bei Bedarf über die 15 Jahre hinaus verlängert werden. (Im Zuge des artenschutzfachlichen Monitoring können ggf. kürzere Überprüfungszeiträume erforderlich werden). Bei der Begehung nach 9 Jahren und nach 15 Jahren werden alle naturschutzfachlichen Kompensationsflächen – auch die Waldumbaumaßnahmen, die nicht Bestandteil des PEPL sind – gemeinsam begutachtet.

C. 2. Lärmschutz

C. 2.1 Maßnahmen passiven Schallschutzes

Für schutzbedürftige Räume des Vorhabens (z. B. Bettenräume, Behandlungsräume, Büros) sind geeignete bauliche Vorkehrungen gegen Geräuscheinwirkungen von außen umzusetzen. Die Schallschutzmaßnahmen sind gemäß DIN 4109 (Schallschutz im Hochbau. Anforderungen und Nachweise) und VDI 2719 (Schalldämmung von Fenstern und deren Zusatzeinrichtungen) für den aktuell festgesetzten Lärmschutzbereich,

beziehungsweise nach der Flugplatz-Schallschutzmaßnahmenverordnung - 2. FlugLSV - (BGBL.I S. 2992) für künftig festzusetzende Lärmschutzbereiche festzulegen. Die entsprechenden bewerteten Bauschalldämm-Maße sind bei den Baumaßnahmen einzuhalten und dem Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung auf Verlangen nachzuweisen.

C. 2.2 Verminderung und Vermeidung von Baulärm

C. 2.2.1 Zum Schutz gegen Baulärm dürfen die zulässigen Schallleistungspegel unter Berücksichtigung von Tonzuschlägen in der Summe aller Baumaschinen und in Abhängigkeit von Einsatzdauer und Anzahl der Maschinen sowie von der Art der Arbeiten deshalb die Werte der Tabellen 37 und 38 des Schalltechnischen Gutachtens der Ingenieurgesellschaft für Immissionsschutz, Schalltechnik und Umweltberatung mbH, Bericht Nummer i-2011-11-66 vom 10.10.2013, die als Anlagen A 4 und A5 Bestandteil dieses Bescheides sind, nicht überschreiten.

C. 2.2.2 Auch bei Einhaltung der zulässigen Schallleistungspegel dürfen sich die Bautätigkeiten nachts (20:00 bis 07:00 Uhr) jeweils nicht auf die Teilflächen 1813 und 1814 in Karte A10.5 des unter Nummer 1 genannten Schallgutachtens konzentrieren.

C. 2.2.3 Alle eingesetzten Baumaschinen müssen den Anforderungen der Richtlinie 2000/14/EG beziehungsweise der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV entsprechen.

C. 2.2.4 Für nächtliche Arbeiten dürfen nur Baumaschinen eingesetzt werden, die das Umweltzeichen nach RAL ZU 53 tragen, sofern dieses Umweltzeichen für die betreffende Maschinenart vergeben wurde.

C. 2.2.5 Für die Baumaßnahmen Umspannwerk, Trafohaus und Abwasser-Übergabestation ist der Einsatz von Baumaschinen in der Zeit von 20:00 bis 07:00 Uhr untersagt und in der übrigen Zeit auf maximal 8 Stunden begrenzt.

C. 2.2.6 Schallschutz am Jagdhaus

Für den Fall, dass am sog. Jagdhaus im Zusammenhang mit Lärmschutzmaßnahmen für die Ramstein Air Base noch keine Maßnahmen passiven Lärmschutzes getroffen worden sind, die gewährleisten, dass die Immissionsrichtwerte nach Nummer 6.2 der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm – innerhalb von Gebäuden eingehalten werden,

sind passive Schallschutzmaßnahmen zu treffen. Die Einhaltung dieser Werte ist durch ein Gutachten eines vereidigten Sachverständigen nachzuweisen.

C. 2.2.7 Baustellenverkehrsplan

Es ist ein Baustellenverkehrsplan zu erstellen, der spätestens zu Beginn der Baureifmachung des Baugrundes der SGD Süd vorzulegen ist. Der Baustellenverkehrsplan ist mit der Verbandsgemeinde Weilerbach abzustimmen.

D. 2 Wasserwirtschaft

D. 2.1 Oberflächengewässer

- D. 2.1.1** Die Errichtung von Anlagen im 10 m –Bereich von Gewässern, insbesondere Veränderungen der Bodenoberfläche oder die Herstellung von Wegen, ist genehmigungsbedürftig. Die Umsetzung solcher Maßnahmen, die in den 10 m-Bereich von Gewässern reichen, ist rechtzeitig vorher mit der SGD Süd, Ref. 32, abzustimmen. Ggf. ist bei der Kreisverwaltung Kaiserslautern, Untere Wasserbehörde, eine Genehmigung zu beantragen.
- D. 2.1.2** Lagerung/ Zwischenlagerung von Rodungsprodukten bzw. die Errichtung von Lagerflächen im 10 m -Bereich von Gewässern ist nicht zulässig (§ 36 WHG i. v. m. § 76 LWG).
- D. 2.1.3** Der Erlaubnisvorbehalt (§ 8 WHG) für Benutzungen (§ 9 WHG) ist zu beachten; es dürfen keine Gewässerbenutzungen ohne vorherige Erlaubnis stattfinden (z. B. Entnahme, Einleitung, Aufstauen o. ä.).
- D. 2.1.4** Es sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, Abschwemmungen von erosionsgefährdeten Flächen zu verhindern (z. B. Begrünung, Abdeckung mit Stroh, Verwendung von Geotextilien usw.).
- D. 2.1.5** Die Sorgfaltspflichten nach § 5 WHG sind zu beachten; die Umsetzung der Rodungs- und Baumaßnahmen hat so zu erfolgen, dass keine qualitativen oder quantitativen Beeinträchtigungen der Gewässer entstehen.
- D. 2.1.6** Die Reinhaltungspflichten (§ 32 WHG) und Vorgaben zur Mindestwasserführung (§ 33 WHG) sind zu beachten.

D. 2.1.7 Für Schäden durch nachteilige Veränderungen der Gewässer infolge der Bautätigkeiten, haftet die Antragstellerin (§ 89 WHG).

D. 2.2 Niederschlagswasserbewirtschaftung

Die Niederschlagswasserbewirtschaftung der zu bebauenden und zu befestigenden Flächen (ACP, KMCMC, u. U. Brücke zu RAB) führt zu wasserrechtlich relevanten Einleitungen. Die rechtliche Zulassung der Einleitungen (§§ 9, 8 WHG) sowie der zugehörigen Abwasseranlagen (§ 54 LWG) erfolgt nach entsprechender Vorlage der Anträge aufgrund einer detaillierten fachtechnischen Auseinandersetzung mit der konkreten Planungsabsicht und nach Durchführung eines qualifizierten wasserrechtlichen Verfahrens. Zum jetzigen Zeitpunkt werden hinsichtlich des Umgangs mit Niederschlagswasser auf der Ebene des Bauplanungsrechts daher folgende grundlegende Anforderungen formuliert:

D. 2.2.1 Bei Durchführung der Rodungs- und Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass die Entwässerung des angrenzenden Geländes nicht beeinträchtigt wird. Auf § 37 WHG wird verwiesen.

D. 2.2.2 Während der Bauphase besteht eine erhöhte Gefahr, dass es z. B. infolge von Starkregenereignissen zu Abschwemmungen von gerodeten Flächen kommt. Deshalb sind auch während der Bauzeit Maßnahmen für eine schadlose Ableitung des abfließenden Niederschlagswassers – insbesondere auch bei Starkregen – zu treffen. Auch die Durchführung der Baumaßnahmen ist darauf abzustimmen.

D. 2.2.3 Die getroffenen Schutzvorkehrungen sind regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit hin zu überprüfen und ggf. nachzubessern. Sie müssen auch an Wochenenden oder bei längerem Stillstand der Bauarbeiten funktionstüchtig bleiben.

D. 2.2.4 Erosionsgefährdete Hangflächen sind schnellstmöglich zu begrünen oder evtl. (zusätzlich) mit Stroh anzudecken.

D. 2.2.5 Bei Durchführung der Baumaßnahmen ist darauf zu achten, dass die Flächen für Versickerungsmaßnahmen nicht verdichtet, befahren oder überdeckt werden. Sollte es trotzdem zu irreversiblen Verdichtungen kommen, muss als Sanierungsmaßnahme ein Bodenaustausch oder eine Auflockerung erfolgen.

Beim Aushub von gewachsenem Boden ist zu beachten, dass die Arbeiten nur am abgetrockneten Boden erfolgen dürfen. Abziehen der Oberfläche mit der Baggerschaufel oder sonstige Verdichtungen des Bodens sind zu vermeiden.

D. 2.2.6 Für die aus der Baumaßnahme resultierenden Einleitungen von Niederschlagswasser in Oberflächengewässer sowie für die Errichtung von Abwasseranlagen werden wasserrechtliche Zulassungen benötigt (§§ 9, 8 WHG i. V. m. § 54 LWG); rechtzeitig vor Maßnahmenbeginn sind entsprechende Zulassungsanträge an die zuständige Wasserbehörde zu stellen.

D. 2.2.7 Die Ableitung von Drainagewasser in ein Gewässer oder in das Kanalnetz ist nicht gestattet. Falls erforderlich sind zum Schutz gegen Vernässung von Gebäuden/Bauteilen geeignete Vorkehrungen, z. B. wasserdichte Wannen o. ä., zu treffen.

D. 2.2.8 Die behördliche Überwachung der Gewässer und Anlagen im Rahmen der Gewässeraufsicht und Bauüberwachung ist jederzeit gemäß §§ 100, 101 WHG zu ermöglichen und zu unterstützen.

D. 2.2.9 Sofern infolge der Rodung eine Abflussverschärfung i. S. v. §§ 61, 62 LWG entsteht, die nicht durch die im Anschluss folgenden Entwässerungsmaßnahmen zur Bebauung kompensiert wird (Rodung ohne anschließende Bebauung), sind Ausgleichsmaßnahmen zu planen und mit der SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern, abzustimmen.

D. 2.3 Abwasserbehandlung und -beseitigung

D. 2.3.1 Allgemeines

D. 2.3.1.1 Die Behandlung der Abwässer unterliegt den Anforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes (§§ 55, 57, 58 WHG). Bei Einleitung in die Kanalisation ist grundsätzlich die Abwassersatzung der entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaft zu beachten.

D. 2.3.1.2 Darüber hinaus gibt es einzelne Abwasserteilströme aus medizinischen Bereichen wie Infektionsstationen, nuklearmedizinische Bereiche, Dialyse, Zahnbehandlung etc., welche, sofern keine Entsorgung als Abfall erfolgt, vor Einleitung in die Kanalisation getrennt und gesondert vorbehandelt werden müssen; sie unterliegen ggf. den Anforderungen der jeweiligen Anwendungsbereiche der Abwasserverordnung (17.04.2004, BGL.I S. 1106)

- D. 2.3.1.3** Weitere Handlungsempfehlungen zu „Abwasser aus Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen“ sind im Merkblatt DWA – M 775 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) geregelt.
- D. 2.3.1.4** Der geplante Standort des Hospitals der US Streitkräfte befindet sich in einem zukünftigen Wasserschutzgebiet (Wasserschutzzone III). Die Anforderungen an Abwasserkanäle und -leitungen in Wassergewinnungsgebieten sind im Arbeitsblatt ATV – DVWK A 142 geregelt; ergänzend liefert das Arbeitsblatt ATV – DVWK A 146 weitere Hinweise und Beispiele. Die in den beiden v. g. Arbeitsblätter der DWA dargelegten Anforderungen sind zu beachten.
- D. 2.3.1.5** Gemäß UVS ist die Ableitung der Abwässer und Behandlung in einer Kläranlage vorgesehen; hierfür sind entsprechende wasserrechtliche Verfahren erforderlich. Eine Detailbewertung der anfallenden Abwässer und deren Entsorgung bzw. Vorbehandlung sowie der baulichen Anforderungen an die Entwässerungseinrichtungen muss im Rahmen der v. g. Verfahren erfolgen. Hier sind dann die notwendigen Einleitbedingungen und technischen Anforderungen, ggf. unter Einschaltung der Gesundheitsbehörde, zu formulieren.
- D. 2.3.1.6** Mit ansteckenden, neuen und gefährlichen Viren infizierte Personen werden in Krankenhäusern in Isoliereinrichtungen betreut; aus seuchenhygienischen Gründen müssen die Patientenausscheidungen oder Körperflüssigkeiten desinfiziert bzw. sterilisiert werden. Hier greift das Infektionsschutzgesetz. Die v. g. Ausscheidungen oder Flüssigkeiten können je nach Beschaffenheit als Abwasser oder als Abfall entsorgt werden. Die Entsorgung als Abfall unterliegt den Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. In diesem Zusammenhang ist die Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 18 zu beachten. Die Beurteilung der infektionshygienischen Aspekte obliegt der zuständigen Gesundheitsbehörde.
- D. 2.3.1.7** Eine weitergehende Bewertung der anfallenden Krankenhausabwässer und deren Entsorgung bzw. Vorbehandlung kann erst im Rahmen der erforderlichen Wasserrechtsverfahren erfolgen. Hier sind dann auch die notwendigen Einleitbedingungen und technischen Anforderungen, ggf. unter Einschaltung der Gesundheitsbehörde, zu formulieren.

D. 2.3.2 Besondere Anforderungen auf der Ebene der bauplanungsrechtlichen Zustimmung

D. 2.3.2.1 Die grundsätzlichen Anforderungen zum Schutz der Gewässer gemäß § 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und § 2 Landeswassergesetz (LWG) sowie die Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in ein Gewässer gemäß § 57 WHG sind zu beachten.

D. 2.3.2.2 Nach § 52 LWG hat die entsorgungspflichtige Gebietskörperschaft als Pflichtaufgabe der Selbstverwaltung sicherzustellen, dass das in ihrem Gebiet anfallende Abwasser ordnungsgemäß beseitigt wird.

D. 2.3.2.3 Das Wohl der Allgemeinheit darf nicht beeinträchtigt werden (§ 55 WHG). Die entsorgungspflichtige Gebietskörperschaft hat die dafür erforderlichen Einrichtungen und Anlagen nach den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik zu errichten und zu betreiben (§ 56 WHG u. § 52 LWG).

D. 2.3.2.4 Soweit bereits vorhandene Abwasseranlagen nicht den Anforderungen entsprechen, hat der Betreiber die Anlagen in angemessenen Zeiträumen den wasserwirtschaftlichen Anforderungen und Zielsetzungen anzupassen.

D. 2.4 Grundwasser

Im Hinblick auf die Lage des Vorhabens in einem künftigen Wasserschutzgebiet (Schutzzone III), ergeben sich zum Schutz des Grundwassers über die grundsätzlichen Anforderungen nach dem DVGW Regelwerk, Arbeitsblatt W101 hinaus, anhand einer fachgutachterlichen Überprüfung im konkreten Einzelfall, weitergehende Anforderungen, die sich an der örtlichen hydrogeologischen Situation orientieren.

Auf der Basis der standortbezogenen hydrogeologischen Bewertung des Vorhabens, unter Berücksichtigung der konkreten Problemstellung in einem künftigen Wasserschutzgebiet (Schutzzone III), sind entsprechende Anforderungen an das Vorhaben abzuleiten. Der Anforderungskatalog an das Vorhaben als Ganzes setzt sich folglich aus grundsätzlichen und speziellen Maßgaben zusammen, die so definiert sind, dass sie sowohl bei der Planung, der Durchführung, als auch dem späteren Betrieb Anwendung finden.

Von daher sind die nachfolgenden Maßgaben grundsätzlich zu beachten:

- D. 2.4.1** Bei der Planung, der Bauausführung und dem späteren Betrieb des Vorhabens sind die allgemein gültigen Maßgaben, in Anlehnung an das DVGW Regelwerk Arbeitsblatt W101, stets zu beachten.
- D. 2.4.2** Es ist dafür Sorge zu tragen, dass bei den Rodungsmaßnahmen, der Bauausführung und dem späteren Betrieb keine Gefahr für das Grundwasser eintritt. Sollte trotz aller Vorsichtsmaßnahmen ein Schadensfall mit einer Verunreinigung des Untergrundes eintreten, so ist umgehend die zuständige Untere Wasserbehörde der Kreisverwaltung Kaiserslautern sowie die SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern, zu informieren.
- D. 2.4.3** Sämtliche mit Bezug auf den Untergrund verbundene Tätigkeiten, sowohl im Rahmen der Bau-, als auch im Rahmen der Rodungsmaßnahmen, sind im Hinblick auf ihre Durchführung erschütterungsarm und grundwasserschonend zu planen.
- D. 2.4.4** Darüber hinaus sind bei der Planung, der Bauausführung, den Rodungsmaßnahmen und dem späteren Betrieb des Vorhabens, die sich aus dem Hydrogeologischen Gutachten des Ing.-Büros WPW, vom 06.03.12, sowie aus der zugehörigen Stellungnahme, vom 13.09.12 zum geänderten Planungsstand vom August 2013, ergebenden Anforderungen zu beachten.
- D. 2.4.5** Das mit den betroffenen Versorgungsunternehmen und der SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern abgestimmte Monitoringkonzept (Bericht des Ing.-Büros WPW vom 20.03.13 - Konzeption des Grundwasser-Monitorings) ist zu beachten.
- D. 2.4.6** Im Vorfeld der Ausführung der Maßnahmen ist, gemäß Kapitel 5.5 des Hydrogeologischen Gutachtens des Ing.-Büros WPW, vom 06.03.12, ein Notfallplan auszuarbeiten und mit der SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern, und den betroffenen Versorgungsunternehmen abzustimmen.
- D. 2.4.7** Beginn und Ende der Baumaßnahmen sind der SGD Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Kaiserslautern und den betroffenen Versorgungsunternehmen anzuzeigen.
- D. 2.4.8** Den Wasserbehörden oder deren Beauftragten ist jederzeit der Zutritt zu der Baustelle zu gestatten. Der Maßnahmeträger hat ihnen die der Maßnahmen dienenden Anlagen und Einrichtungen zugänglich zu machen, sowie eventuell

erforderliche Arbeitskräfte, Werkzeuge und Messgeräte zur Verfügung zu stellen und die technischen Ermittlungen und Prüfungen zu dulden.

- D. 2.4.9** Auflagen, die aufgrund von Kontrollen der Behörden zur Abstellung von Missständen für erforderlich gehalten werden, hat der Maßnahmeträger unverzüglich nachzukommen. Die Kosten hierfür trägt die Antragstellerin. .
- D. 2.4.10** Sämtliche Erdbaumaßnahmen sowie auch die Wasserversorgungsanlagen sind fachtechnisch zu überwachen und zu dokumentieren. Hierbei ist insbesondere das Monitoringkonzept des Ing.-Büros WPW, vom 20.03.13 zu beachten.
- D. 2.4.11** Änderungen zur bisher vorgestellten Konzeption der Baustellenlogistik sind im Vorfeld mit der SGD Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Kaiserslautern, erneut abzustimmen.
- D. 2.4.12** Beim Umgang und der Lagerung wassergefährdender Stoffe sind stets die grundsätzlichen gesetzlichen Bestimmungen des WHG und des LWG sowie insbesondere die der „Landesverordnung über Anlagen zum Umgang mit wasser- gefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe“ (Anlagenverordnung – VAwS), zusammen mit den einschlägigen technischen Regelwerken zu beachten.
- D. 2.4.13** Die Detailplanung zur bisher vorgestellten Konzeption der Betankungsflächen und Reifenreinigungsanlage für die Baustellenfahrzeuge ist, unter Einbindung eines einschlägigen Sachverständigen, der SGD Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Kaiserslautern, zur Herstellung des Einvernehmens vorzulegen.
- D. 2.4.14** Die Detailplanung zur bisher vorgestellten Konzeption der Lagerung von Heizöl ist, unter Einbindung eines einschlägigen Sachverständigen, der SGD Süd, Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz, Kaiserslautern, zur Herstellung des Einvernehmens vorzulegen.
- D. 2.4.15** Bei den Baumaßnahmen sowie auch beim späteren Betrieb ist in besonderem Maße darauf zu achten, dass die örtlich benötigten Geräte und Fahrzeuge keine Kraftstoffe, Öle oder sonstige wassergefährdenden Stoffe verlieren.

- D. 2.4.16** Erdarbeiten sind so zügig wie möglich durchzuführen. Aushubarbeiten sind auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Nicht mehr benötigte Aushubbereiche sind so rasch wie möglich wieder zu verfüllen.
- D. 2.4.17** Ortsfremde Bodenmassen dürfen nur eingebaut werden, wenn die Unbedenklichkeit gemäß den Technischen Regeln der LAGA “Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen” gegenüber der Kreisverwaltung Kaiserslautern nachgewiesen wird und biologische und chemische Beeinträchtigungen des Untergrunds hierdurch ausgeschlossen werden können. Für die Verfüllung darf ausschließlich Erdaushub verwendet werden und kein Bauschutt (auch kein aufbereiteter Bauschutt).
- D. 2.4.18** Eine durch die Maßnahmen verursachte Verletzung der Grasnarbe außerhalb der künftig befestigten Bereiche ist durch eine Wiederbegrünung zu beheben.
- D. 2.4.19** Alle Baustoffe sind so zu wählen, dass sie zu keiner Verunreinigung des Niederschlagswassers führen. Es dürfen nur unbelastete, nicht auswasch- oder auslaugbare Stoffe und Baumaterialien verwendet werden, von denen aufgrund ihrer Eigenschaft und ihres Einsatzes nachweislich keine Boden- oder Grundwasserunreinigung ausgeht. Es sind daher keine Materialien zulässig, bei denen eine Korrosion mit Auswaschung von Metallspuren oder Salzen erfolgen kann.
- D. 2.4.20** Sämtliche Abwässer (ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser) sind vollständig und sicher aus dem Schutzgebiet hinaus zu leiten.
- D. 2.4.21** Die Einleitung von Abwässern in den Untergrund, einschließlich einer Abwasserversickerung, Abwasserverrieselung sowie Abwasserverregnung (ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser, welches breitflächig über die belebte Bodenzone versickert) ist nicht zulässig.
- D. 2.4.22** Die Einleitung von Abwässern (ausgenommen behandeltes oder nicht behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser) in ein oberirdisches Gewässer im Einzugsgebiet der Trinkwasserversorgung ist nicht zulässig.

Bei der Einleitung von Straßenoberflächenwässern in ein Gewässer, das anschließend die Zone II durchfließt, ist eine Vorbehandlung nach den Anforderungen der RiStWag erforderlich.

- D. 2.4.23** Bei der Planung von Kanalisationsanlagen, einschließlich Regenüberlauf- und Regenklärbecken sind die einschlägigen Technischen Regeln (DWA A142, DWA M146) zu beachten.
- D. 2.4.24** Die Herstellung und der Betrieb von Abwasserkanälen hat sich nach dem ATV Regelwerk A142, M146 und M143 zu richten. Die besonderen Anforderungen an ihre Dichtigkeit erfordern in angemessenen Zeitabständen (alle 2 Jahre) Inspektionen zur Überprüfung auf Schäden.
- D. 2.4.25** Bei der Bewirtschaftung des Niederschlagswassers sind grundsätzlich die in Kapitel 5.4 des hydrogeologischen Gutachtens dargelegten Maßgaben zu beachten.
- D. 2.4.26** Bei der Errichtung und dem Betrieb von Verkehrsanlagen sind die einschlägigen Kriterien der Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) zu berücksichtigen.
- D. 2.4.27** Das Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser von Verkehrsanlagen in den Untergrund (Entwässerung über Böschungen und großflächige Versickerung von gering verschmutztem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone) ist nur zulässig, wenn sie den Kriterien der Richtlinie für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten (RiStWag) entsprechen und im konkreten Einzelfall fachgutachterlich überprüft werden.
- D. 2.4.28** Auswaschbaren oder auslaugbaren wassergefährdenden Materialien (z. B. Bauschutt, Müllverbrennungsrückständen, Schlacken, Rückständen des Bergbaus) dürfen beim Bau von Anlagen des Straßenverkehrs und von Lärmschutzdämmen oder für Auffüllungen nicht verwendet werden.
- D. 2.4.29** Die Nutzung von Erdwärme durch Erdwärmesonden ist aufgrund des örtlich besonderen Gefährdungspotentials nicht zulässig.
- D. 2.4.30** Eine Gefährdung des Grundwassers durch im Brandfall entstehende Löschwasserabflüsse ist durch Rückhaltemöglichkeiten auszuschließen. Brandfälle mit Löschwasseranfall sind unverzüglich der Unteren

Wasserbehörde (Kreisverwaltung Kaiserslautern) und der SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern zu melden.

- D. 2.4.31** Eventuell erforderliche Wasserhaltungen sind bei der zuständigen Unteren Wasserbehörde (Kreisverwaltung Kaiserslautern) zu beantragen. Vorab sind derartige Planungen der SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern, vorzulegen und zum Herstellen des Einvernehmens abzustimmen.
- D. 2.4.32** Sämtliche konkreten Planungen, mit einer Relevanz für das Grundwasser, sind im Vorfeld der SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern, vorzulegen und zum Herstellen des Einvernehmens abzustimmen.
- D. 2.4.33** Von der Antragstellerin sind die betroffenen Wasserversorgungsunternehmen in alle grundwasserrelevanten Fragestellungen einzubeziehen.

E. 2. Geologie, Bergbau und Bodenschutz

- E. 2.1** Die im Zuge der geplanten Maßnahmen auf der Fläche erforderlich werdenden Arbeiten (Rückbau, Aushub- und Gründungsarbeiten) sind durch ein qualifiziertes Fachbüro überwachen und dokumentieren zu lassen.
- E. 2.2** Zeigen sich bei der Baumaßnahme andere als die erwarteten Verhältnisse (Bodenverunreinigungen, unerwartete Abfälle etc.) ist die SGD Süd, Regionalstelle Kaiserslautern zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise in Kenntnis zu setzen. Ggf. ist die Maßnahme einzustellen und die Baustelle zu sichern.
- E. 2.3** Im Bereich sensibler Nutzungen z.B. als Kinderspielflächen wird für die oberen 35-60 cm ein Bodenaustausch oder eine Abdeckung mit nicht belastetem Boden in entsprechender Mächtigkeit sowie ggf. die Einbringung einer Grabsperre (z.B. Geotextil) empfohlen.
- E. 2.4** Im Hinblick auf die Radonproblematik, ist die Ausführungsplanung mit dem Landesamt für Geologie und Bergbau abzustimmen.

E. 2. 5. Abdichtmaßnahmen gegen Bodenfeuchte

Hinsichtlich erforderlicher Abdichtungsmaßnahmen gegen Bodenfeuchte ist im Hinblick auf eine potenzielle Gefährdung die DIN 18195 zu berücksichtigen.

F. 2. Abfallwirtschaft

F. 2.1 Baureifmachung und Bauphase

- F. 2.1.1** Die Rückbauarbeiten sind von einem qualifizierten Fachunternehmen durchführen zu lassen und durch einen Fachgutachter zu begleiten.
- F. 2.1.2** Beim Rückbau vorhandener asbesthaltiger Materialien sind die „Vollzugshilfe zur Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA M23) sowie die Bestimmungen der TRGS 519 (Technische Regeln für Gefahrstoffe, „Asbest, Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten“) zu beachten. Von der beauftragten Firma sind in diesem Fall besondere Qualifikationen (TRGS 519) nachzuweisen.
- F. 2.1.3** Beim Anfall von pechhaltigem Straßenaufbruchmaterial ist der „Leitfaden für die Behandlung von Ausbauasphalt und Straßenaufbruch mit teer-/pechtypischen Bestandteilen“ bzw. das „Merkblatt zur Verwertung von pechhaltigem Straßenaufbruch in Verkehrsflächen außerhalb des Geschäftsbereiches des Landesbetriebes Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz“ zu beachten. Der Leitfaden und das Merkblatt stehen auf der Internetseite des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) zur Verfügung.
- F. 2.1.4** Beim Rückbau von Gleisanlagen ist das Merkblatt „Entsorgung von Gleisschotter, Analytik Abfalleinstufung, Deponierung Verwertung“ des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) vom 08.01.2007 zu beachten.
- F. 2.1.5** Die bei der Durchführung der Abbrucharbeiten anfallenden Abfälle (Bauschutt, Bodenaushub, Straßenaufbruch, Gleisschotter, Baustellenabfälle, Asbestabfälle, belastetes Fugenmaterial, Mineralfaserdämmung etc.) sind soweit möglich zu separieren, getrennt zu halten, aufzunehmen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung zuzuführen.
- F. 2.1.6** Bei der Behandlung der Abfälle sind die abfall- und bodenschutzrechtlichen Bestimmungen (Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG), Gewerbeabfallverordnung, Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG), Verordnungen) in Verbindung mit den Technischen Regeln „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) in ihrer jeweils geltenden Fassung, zu beachten.

- F. 2.1.7** Die überlassungspflichtigen Abfälle sind über den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu entsorgen.
- F. 2.1.8** Die anfallenden gefährlichen Abfälle sind gemäß Nachweisverordnung (Entsorgungsnachweis, Sammelentsorgungsnachweis, Andienung an SAM) einer geeigneten Entsorgung zuzuführen.
- F. 2.1.9** Die mineralischen Materialien (Boden, Bauschutt, Straßenaufbruch, Schotter, etc.) sind zur endgültigen Festlegung der Entsorgungswege repräsentativ zu beproben. Bei den durchzuführenden Haufwerksbeprobungen ist die LAGA PN 98 sowie die Checkliste „Probenahmeprotokoll“ des Landesamtes für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) zu beachten.
- F. 2.1.10** Für die Bereitstellung und Beprobung der anfallenden mineralischen Abfälle sind geeignete Bereitstellungsflächen auszuweisen. Die Bereitstellung bis zur ordnungsgemäßen Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) hat so zu erfolgen, dass Beeinträchtigungen oder Gefährdungen für die Umwelt durch z. B. Verwehungen und Ausspülungen ausgeschlossen sind.
- F. 2.1.11** Die Verwertungs- und Beseitigungswege der anfallenden Abfälle sind zu dokumentieren. Die Dokumentation ist auf Verlangen der zuständigen Behörde vorzulegen.
- F. 2.1.12.** Bei der Entsorgung mineralischer Abfälle ist das Verwertungsgebot nach § 7 Abs. 2 KrWG zu beachten. Nach § 7 Abs. 3 KrWG hat die Verwertung ordnungsgemäß und schadlos zu erfolgen. Dabei sind die Technischen Regeln „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Abfällen“ der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) in ihrer jeweils aktuellen Fassung zu beachten. Auf die in Rheinland-Pfalz im Juli 2007 eingeführten ALEX Informationsblätterblätter 24, 25 und 26 wird verwiesen. Die in diesen Arbeitshilfen enthaltenen Anforderungen zur Verwertung von Boden und Bauschutt in bodenähnlichen Anwendungen und technischen Bauwerken sind zu beachten. Die Infoblätter sind auf der Homepage des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) eingestellt.

Weitergehende Informationen zur Entsorgung von Bauabfällen sowie zum kontrollierten Rückbau können dem Leitfaden Bauabfälle des Landes Rheinland-Pfalz entnommen werden. Der Leitfaden kann über die Homepage

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung (MWKEL) abgerufen werden.

F. 2.1.13 Die Farb- sowie Bitumenanstriche an den Bunkern sollen aus praktikablen und wirtschaftlichen Belangen nicht abgetragen werden. Dadurch kann die Qualität des recycelten Betons verschlechtert und somit eine hochwertige Verwertung verhindert werden. Hierdurch können die Entsorgungskosten steigen. Aus abfallwirtschaftlicher Sicht wird empfohlen, soweit technisch und wirtschaftlich möglich, die Anstriche vor dem Abriss der Bunker zu entfernen.

F. 2.1.14 Die Entsorgungsmöglichkeiten für die anfallenden, unterschiedlich belasteten Materialien sollten rechtzeitig vor Baubeginn mit allen Beteiligten (Auftraggeber, Auftragnehmer, Entsorger, Behörden) abgeklärt werden, um Baustillstandszeiten und logistische Probleme zu vermeiden. Eventuell erforderlich werdende Genehmigungen (z.B. Einzelzulassung für Deponie, Zwischenlager etc.) sind rechtzeitig vor Baubeginn einzuholen.

F. 2.2 Betriebsphase

F. 2.2.1 Einrichtungen des Gesundheitsdienstes haben ihre Abfälle nach den Grundsätzen der Kreislaufwirtschaft zu entsorgen. Neben dem Abfallrecht sind die Bestimmungen des Infektionsschutz-, Arbeitsschutz-, Chemikalien- und Gefahrgutrechts Grundlage für die ordnungsgemäße Entsorgung. Darüber hinaus sind die landesrechtlichen Regelungen über Andienungs- und Überlassungspflichten zu beachten.

F. 2.2.2 Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) mit seinen umfangreichen untergesetzlichen Regelwerken stellt die Eigenverantwortlichkeit der Einrichtungen des Gesundheitsdienstes in den Mittelpunkt der Betrachtungen. Davon ausgenommen sind die an den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zu überlassenden Abfälle und die im Rahmen der Produktverantwortung von Herstellern, Vertriebern und Systemen zurückgenommenen Abfälle. Durch die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) wurde eine „Vollzugshilfe zur Entsorgung von Abfällen aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes“ herausgegeben (LAGA Mitteilung Nr 18, September 2009). Diese ist in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

3. Verweise auf Anlagen und Unterlagen

Die im Folgenden aufgelisteten Anlagen und Unterlagen sind, soweit sich aus den Nebenbestimmungen nichts anderes ergibt, für die Durchführung der Waldumwandlung verbindlich:

- 3.1** Die Anlagen A1, A2, A3, A4 und A5 sind Bestandteil dieses Bescheides (16 Seiten DIN A4).
- 3.2** Die Anlagen 1, 2 und 3 sind ebenfalls Bestandteil dieses Bescheides (Ordner 2 von 2, Rodungsbescheid Januar 2014).
- 3.3** Antrag vom 27.03.2013, ergänzt durch Antrag vom 15.10.2013, eingeschränkt durch Schreiben vom 10.01.2014.
- 3.4** Feststellung der UVP-Pflicht durch Bescheid vom 24.04.2013.
- 3.5** Umweltverträglichkeitsstudie nebst Anlagen vom 16.10.2013.
- 3.6** Ergebnisprotokoll über den Scoping-Termin am 03.06.2013 und Unterrichtung über den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung mit Schreiben vom 04.07.2013.
- 3.7** Stellungnahmen und Einwendungen, die im Rahmen des Behördenbeteiligungsverfahrens bzw. während der Offenlage abgegeben wurden (Ordner ZEBF.VV.3021.05.13, Teilakte Einwendungen/Stellungnahmen zur Offenlegung).
- 3.8** Protokoll über den Erörterungstermin am 08./09.01.2014 einschließlich Anwesenheitsliste.
- 3.9** Zustimmung der Oberen Forstbehörde zur Durchführung des Vorhabens und insbesondere der Waldumwandlung gemäß § 9 BWaldG/14 Abs. 2 LWaldG RhPf (Schreiben vom 28.01.2014).
- 3.10** Zustimmung der Oberen Naturschutzbehörde gem. § 45 Abs. 2 BWaldG (Schreiben vom 28.01.2014).

- 3.11** Nachweis der Verfügbarkeit der Rodungsflächen (Besitzeinweisungsvereinbarung zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundesrepublik Deutschland).
- 3.12** Schreiben der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd vom 22.01.2014 und Schreiben des Landesbetriebs Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) vom 22.01.2014 (rechtliche Sicherstellung der Realisierung des Vorhabens – Zustimmung nach § 37 Abs. 2 BauGB und Planfeststellung des Kreisverkehrsplatzes).

Begründung

1. Zuständigkeit

Gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG darf Wald nur mit Genehmigung der nach Landesrecht zuständigen Behörde gerodet und in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Umwandlung). Bei der Entscheidung über einen Umwandlungsantrag sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen.

Die Genehmigung soll versagt werden, wenn die Erhaltung des Waldes überwiegend im öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist. Nach § 45 BWaldG sind auf Flächen, die Zwecken u.a. der Verteidigung dienen, die nach den §§ 6, 7 und 9 bis 13 BWaldG erlassenen Landesvorschriften nur anzuwenden, soweit dadurch die bestimmungsgemäße Nutzung nicht beeinträchtigt wird. § 45 BWaldG bestimmt, dass bei Vorhaben u.a. der Verteidigung bei einer Waldumwandlung gemäß § 9 BWaldG die Höhere Forstbehörde zu hören ist. Ist es erforderlich, von der Stellungnahme dieser Behörde abzuweichen, entscheidet hierüber das zuständige Bundesministerium im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien und im Benehmen mit der nach Landesrecht zuständigen Obersten Landesbehörde.

Die Entscheidung nach § 45 Abs. 2 BWaldG tritt an die Stelle der nach §§ 9 BWaldG/14 Abs. 2 LWaldG RhPf ansonsten erforderlichen Waldumwandlungsgenehmigung.

Für die Durchführung des Verfahrens nach § 45 BWaldG einschließlich der Entscheidung über die Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung nach §§ 9 BWaldG/14 Abs. 2 LWaldG RhPf bin ich zuständig. Die Zuständigkeit ergibt sich aus dem Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImAG) vom 09.12.2014, wonach eine Aufgabenübertragung der Bundesvermögensabteilungen unter anderem als Forstbehörde des Bundes auf die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ab dem 01.01.2005 erfolgt ist (§ 2 Abs.1 BImAG).

2. Verfahren

2.1 Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Nach Nr. 17.2.1 Anlage 1 UVPG ist für die beantragte Waldrodung in einer Größe von rund 50 ha die Durchführung einer UVP erforderlich, da der Schwellenwert für die UVP-Pflicht von 10 ha oder mehr überschritten wird.

Im Einzelnen wird hierzu auf die Bewertung der UVP (Teil C) verwiesen.

2.2 Verwaltungsverfahren

2.2.1 Antragstellung

Mit Schreiben vom 27.03.2013, bei mir eingegangen am 27.03.2013, beantragte der Vorhabenträger für die Durchführung des Vorhabens der Errichtung des US-Klinikums Weilerbach eine Waldrodung in einer Größe von 47 ha. Dieser Antrag wurde durch Ergänzungsantrag vom 15.10.2013, bei mir eingegangen am 16.10.2013 dahin erweitert, dass die Rodung ca. 50 ha betragen soll. Die zu rodenden Flächen ergeben sich aus dem Rodungsverzeichnis vom 01.12.2013 sowie der dem Rodungsverzeichnis beigefügten fotografischen Darstellung (**Anlagen A.1 und A.2**).

Durch Schreiben vom 10.01.2014 wurde der Antrag eingeschränkt; die Antragstellerin beantragt, seinen Antrag im Hinblick auf das sog. Bauleitergebäude und das Gebäude 630 „bis auf weiteres ruhen zu lassen bzw. den Antrag nicht zu bescheiden.“ Wegen der hiervon betroffenen Rodungsfläche verweist er auf die in der mit Schreiben vom 15.10.2013 übersandten Planunterlage „Darstellung der Rodungsgrenzen“ mit dem Namen „Bauleitergebäude“ gekennzeichnete Fläche.

2.2.2 Feststellung der UVP-Pflicht

Durch Bescheid vom 24.04.2013 habe ich gemäß § 3 a UVPG in Verbindung mit § 3 b Abs.1 UVPG und Nr. 17.2.1 der Anlage 1 zum UVPG die Verpflichtung zur Durchführung einer UVP für das vorliegende Verfahren festgestellt.

2.2.3 Scopingtermin

Am 03.06.2013 fand im Kreishaus des Landkreises Kaiserslautern der Scopingtermin statt. Über den Verlauf wurde ein Ergebnisprotokoll gefertigt, das in der Endfassung den Teilnehmern am 19.06.2013 elektronisch zugestellt wurde.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Scopingtermins sowie der Stellungnahmen der beteiligten Stellen wurde der Vorhabenträger mit Schreiben vom 04.07.2013 über den voraussichtlichen Untersuchungsrahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung und die beizubringenden Unterlagen gemäß § 6 Abs. 3 UVPG unterrichtet.

Mit Datum vom 30.04.2013 hat der Vorhabenträger als Antragsunterlage eine Umweltverträglichkeitsstudie nebst Anlagen vorgelegt. Ein Verzeichnis der Anlagen ist der zusammenfassenden Darstellung gemäß § 11 UVPG beigelegt.

2.2.4 Behörden/Öffentlichkeitsbeteiligung

2.2.4.1 Behördenbeteiligungsverfahren

Im Anhörungsverfahren wurden die Antragsunterlagen den Behörden und sonstigen Stellen, deren Aufgabenbereiche durch das Vorhaben berührt werden, sowie den anerkannten Umweltverbänden zur Stellungnahme übersandt.

2.2.4.2 Auslegung der Planunterlagen

Das Vorhaben wurde ordnungsgemäß und rechtzeitig in ortsüblicher Weise und durch Veröffentlichungen im Bundesanzeiger und im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz öffentlich bekannt gemacht.

Der Antrag und die Unterlagen lagen gemäß § 9 Abs. 1 S. 3 in Verbindung mit § 73 Abs. 3 S. 1 VwVfG in der Zeit vom 29.10.2013 bis einschließlich 28.11.2013 bei der

- Verbandsgemeindeverwaltung Weilerbach, Rummelstraße 15 in 67685 Weilerbach, Zimmer-Nr. 216
- Verbandsgemeindeverwaltung Ramstein-Miesenbach, Am Neuen Markt 6 in 66877 Ramstein-Miesenbach, Zimmer – Nr. 306
- Stadtverwaltung Kaiserslautern, Willy-Brandt-Platz 1 in 67657 Kaiserslautern,

13. Obergeschoß , Zimmer – Nr. 1301/1314

öffentlich aus.

Darüber hinaus wurden die Information der öffentlichen Bekanntmachung sowie die auszulegenden Unterlagen im Internet auf folgenden Seiten zu jedermanns Einsicht eingestellt:

- Homepage der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd unter www.sgdsued.rlp.de in der Rubrik Öffentlichkeitsbeteiligung / Bekanntmachungen
- Homepage der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben unter www.bundesimmobilien.de/180107/weitere_fachinformationen
- Homepage des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz unter www.lbm.rlp.de in der Rubrik "Aufgaben / Planfeststellung / Aktuelle Planfeststellungsverfahren.

2.2.4.3 Einwendungen

Einwendungen zu dem Vorhaben konnten gemäß § 9 Abs. 1 S. 3 i.V.m. § 73 Abs. 4 S. 1 VwVfG bei den oben genannten Dienststellen erhoben werden.

Die Einwendungsfrist endete am **12.12.2013**.

Im Einwendungszeitraum sind insgesamt 82 Stellungnahmen und Einwendungen zum beantragten Vorhaben abgegeben worden, nach Ablauf der Einwendungsfrist weitere 4 Stellungnahmen oder Einwendungen.

2.2.4.4 Erörterungstermin

Die Einwendungen wurden mit den Einwendern, den Verbänden, der Antragstellerin und den beteiligten Behörden in einem Erörterungstermin am 08.01.2014 und am 09.01.2014 in der Kreisverwaltung Kaiserslautern, Lauterstraße 8 in 67657 Kaiserslautern, Sitzungssaal 3, erörtert.

2.2.4.4.1 Ablauf des Erörterungstermins

Zum Inhalt der einzelnen Einwendungen und ihrer Erörterung wird auf die Verfahrensakten und das Protokoll zum Erörterungstermin verwiesen.

2.2.4.4.2 Anträge

Im Erörterungstermin sind folgende Anträge gestellt und wie folgt beschieden worden:

2.2.4.4.2.1 Antrag des Herrn Sonn auf Beendigung des Erörterungstermins

Herr Sonn hat beantragt,

die Sitzung für den heutigen Tag zu beenden und in Anwesenheit eines Vertreters des Gesundheitsamtes Kaiserslautern fortzusetzen und die TOP 5 und 6 neu zu verhandeln.

Der Antrag ist abgelehnt und die Verhandlung fortgesetzt worden. Er ist zulässig aber unbegründet und war deshalb zurückzuweisen. Es besteht weder eine Pflicht der beteiligten Behörden auf Teilnahme am Erörterungstermin noch ein Recht der Einwender auf Anwesenheit der Behörden:

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 3 UVPG i.V.m. § 73 Abs. 6 VwVfG ist im vorliegenden Verfahren ein Erörterungstermin durchzuführen. Von der Durchführung des Erörterungstermins sind der Träger des Vorhabens, die Betroffenen, die Einwender und die beteiligten Behörden zu unterrichten (§ 73 Abs. 6 Satz 3 VwVfG). Die Benachrichtigung über den Erörterungstermin an die vorgenannten Stellen erfolgte durch mich als Genehmigungs- und damit Anhörungsbehörde rechtzeitig und rechtmäßig.

Meiner gesetzlich vorgegebenen Pflicht zur Durchführung des Erörterungstermins steht das Recht der Einwender auf Erörterung in der Sache gegenüber. Ziel der Erörterung ist dabei die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts und der tatsächlichen und rechtlichen Entscheidungsgrundlagen. Außerdem soll den Betroffenen und Einwendern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Belange und ihr rechtliches Gehör mir gegenüber geltend zu machen.

Neben dem Recht der Einwender auf Durchführung des Erörterungstermins und Erörterung in der Sache besteht jedoch kein Recht auf die verpflichtende Teilnahme bestimmter beteiligter Behörden. Auch trifft die zu beteiligenden Behörden keine generelle Pflicht zur Teilnahme am Erörterungstermin. Dies folgt daraus, dass die Erörterung mit mir als der Genehmigungs- und Anhörungsbehörde durchgeführt werden soll. Ein Recht auf Erörterung unmittelbar mit den zu beteiligenden Behörden besteht dagegen nicht.

Vorliegend wurden sowohl die Stadtverwaltung der Stadt Kaiserslautern als auch das Gesundheitsamt der Stadt Kaiserslautern rechtmäßig und formwirksam eingeladen. Jegliche diesbezügliche Einwendungen wurden auch mit den Einwendern im Erörterungstermin eingehend erörtert. Damit wurde den gesetzlichen Pflichten vollumfänglich nachgekommen. Ein Anspruch auf Aussetzung des Erörterungstermins bestand nicht.

2.2.4.4.2.2 Antrag des Herrn Sonn auf Feststellung der Präsenz der Beteiligten

Herr Sonn hat beantragt,

die Präsenz der Beteiligten in diesem Erörterungstermin festzustellen. Hilfsweise beantrage ich, bzgl. der Einladung des Gesundheitsamtes Kaiserslautern, die Akteneinsicht in die Verwaltungsakten.

Zur Begründung führt er an, dass alle Einwendungen und Stellungnahmen erörtert werden müssen. Die Anwesenheit des Gesundheitsamtes Kaiserslautern im Erörterungstermin sei deshalb erforderlich. Das in den Antragsunterlagen erwähnte Bundesgesundheitsamt existiere auch nicht mehr. Die Überwachung der Krankenhausabwässer solle nun durch das Gesundheitsamt Kaiserslautern erfolgen.

Der zulässige Antrag ist unbegründet, da die Feststellung der Anwesenheit gesetzlich nicht vorgesehen ist. Er war zurückzuweisen.

Gemäß § 9 UVPG in Verbindung mit §§ 73 Abs. 6 Satz 6, 68 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 VwVfG ist über den Erörterungstermin eine Niederschrift zu fertigen. In dieser Niederschrift müssen unter anderem Angaben enthalten sein über die erschienenen Beteiligten, Zeugen und Sachverständigen. Diese Angaben ergeben sich vorliegend bereits aus der durchgeführten Anwesenheitsliste, welche der Niederschrift zum Erörterungstermin beigelegt wurde. Ein weitergehender Anspruch auf Feststellung aller Anwesenden ist gesetzlich nicht vorgesehen.

Ein solcher Anspruch ergibt sich auch nicht daraus, dass alle Einwendungen einzeln erörtert werden müssten. Vielmehr gibt der Erörterungstermin nur die Gelegenheit zur Stellungnahme. Im Übrigen werden und wurden auch hier die Einwendungen erörtert, welche schriftlich vorgetragen wurden.

Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass durch die Entscheidung über das Vorhaben rechtliche Interessen des Herrn Sonn betroffen werden können, war seinem Hilfsantrag auf Akteneinsicht stattzugeben. Herrn Sonn ist Gelegenheit gegeben worden, sich zur Einsicht in die Akten mit der SGD Süd in Verbindung setzen.

2.2.4.4.2.3 Antrag des Herrn Lukas zur textlichen Beschreibung der forstlichen Ausgleichsmaßnahmen

Herr Lukas hat beantragt,

dass eine textliche Beschreibung der einzelnen forstlichen Ausgleichsmaßnahmen, incl. einer Kartierung der Biotoptypen, den Einwendern zur Verfügung gestellt wird.

Der Antrag ist abgelehnt worden, weil dem Begehren schon durch die entsprechenden Ausführungen in den Antragsunterlagen entsprochen wurde. Soweit ergänzende

Darstellungen im weiteren Verlauf des Verfahrens erfolgt sind, sind diese der Niederschrift beigelegt worden.

2.2.4.4.2.4 Antrag des Herrn Markus zur Durchführung eines weiteren Erörterungstermins

Herr Markus hat beantragt,

einen weiteren Erörterungstermin durchzuführen, da bei dem bisherigen wesentliche Punkte nicht erörtert werden konnten. Vor einem neuen Erörterungstermin müssen die offenen Fragen diskussionswürdig geklärt sein.

Dies betreffe die Abwasserbehandlung, den Erwerb von Grundstücken, die fachliche Einschätzung zur Situation Landstuhl und Widersprüche zur Finanzierung des Vorhabens.

Der Antrag auf Vertagung war zurückzuweisen.

Der Erörterungstermin nach § 9 Abs. 1 Satz 3 UVPG in Verbindung mit § 73 Abs. 6 VwVfG lehnt sich an die Anhörung im verwaltungsgerichtlichen Verfahren nach § 28 VwVfG an. Durch die Einwendungen und Erörterungen soll die Anhörungsbehörde in die Lage versetzt werden, das Für und Wider eines Vorhabens abzuwägen. Der Erörterungstermin soll außerdem dazu dienen, den maßgeblichen Sachverhalt mit den tatsächlichen und rechtlichen Entscheidungsgrundlagen festzustellen. So kann im Bescheid ein Ausgleich zwischen den betroffenen Interessen gefunden werden.

Eine „endgültige Entscheidung“ wird im Erörterungstermin nicht getroffen. Eine Klärung von Sachfragen muss im Erörterungstermin nicht erfolgen. Offene Punkte sind in der Niederschrift festgehalten worden, so dass die Behörden entscheiden können, ob die vorliegenden Angaben ausreichen oder ob weitere Angaben erforderlich sind, die dann ggf. einen weiteren Erörterungstermin erforderlich machen würden. Der Erörterungstermin dient nicht dazu, in der Sache eine Entscheidung zu treffen und die Antragsunterlagen zu bewerten. Dies erfolgt vielmehr durch diesen Bescheid. Dazu gehört auch die Prüfung, ob die Antragsunterlagen vollständig und erschöpfend sind und alle relevanten Punkte durch den Vorhabenträger und die Antragstellerin abgearbeitet wurden.

3. Entscheidung

3.1 Verfahren nach § 45 Abs. 2 BWaldG

Die Zentralstelle der Forstverwaltung Rheinland-Pfalz als Obere Forstbehörde wurde durch Schreiben vom 24.04.2013 und 23.10.2013 über die Antragstellung unterrichtet. Sie wurde zum Vorhaben angehört. Durch Schreiben vom 28.01.2014 hat die Obere Forstbehörde der

Durchführung des Vorhabens und insbesondere der Waldumwandlung gemäß §§ 9 BWaldG/14 Abs. 2 LWaldG RhPf zugestimmt.

3.2 Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 S. 1 BWaldG

Das Verfahren nach § 45 Abs. 2 BWaldG ist anwendbar, wenn eine Waldumwandlung im Sinne des § 9 BWaldG für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung im Sinne des § 45 Abs. 1 Nr. 1 BWaldG erfolgen soll. Die Fläche, für die die Waldumwandlung zugelassen werden soll, muss für Zwecke der Verteidigung verwendet werden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur ähnlich lautenden Bestimmung des § 37 Abs. 2 BauGB dienen nicht nur solche Vorhaben der Landesverteidigung, die im Hinblick auf ihre baulich-funktionale Zweckbestimmung von vornherein für keinen anderen Nutzungszweck geeignet sind. Eine bloße Förderlichkeit des Vorhabens für die Landesverteidigung genügt zwar nicht; andererseits wird jedoch auch keine Notwendigkeit oder Unentbehrlichkeit verlangt. Vielmehr genügt es, dass das Vorhaben der Landesverteidigung nützlich in dem Sinne ist, dass es die Landesverteidigung unterstützt (BVerwG, Urt. v. 03.12.1992 – 4 C 24/89–, BVerwGE 91, 227 ff.). Für den Anwendungsbereich des § 45 Abs. 2 BWaldG kann nichts anderes gelten. Denn der Zweck dieser Regelung, Vorhaben, die Zwecken der Verteidigung dienen, wegen ihrer überragenden Bedeutung für das Gemeinwesen zu einer gegenüber anderen Vorhaben erleichterten Zulassung zu verhelfen, trifft sowohl für § 37 Abs. 2 BauGB als auch für § 45 Abs. 2 BWaldG zu.

Das Vorhaben des US-Klinikums Weilerbach, für dessen Realisierung die Rodung von Wald in einer Größe von rund 50 ha erfolgen soll, dient Zwecken der Verteidigung.

Nach Art. IX Abs. 3 des NATO-Truppenstatutes hat die Bundesrepublik Deutschland als Aufnahmestaat die Verantwortung dafür übernommen, dass die Unterbringung der Truppe oder eines zivilen Gefolges und der Angehörigen der Unterbringung eines vergleichbaren Personals der Bundeswehr entspricht. Sie hat den US-amerikanischen Streitkräften die von ihnen benötigten Liegenschaften und zugehörigen Einrichtungen und Leistungen zur Verfügung zu stellen. In diesem Rahmen ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, auch für eine Krankenversorgung der US-amerikanischen Streitkräfte sowie ihrer Familienangehörigen Sorge zu tragen. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht (Urt. v. 03.12.1992, a.a.O.) obliegt es dabei zunächst der Entscheidung des jeweiligen NATO-Partners, in welcher Weise er seine Truppen, das zivile

Gefolge und die Angehörigen versorgt. Insbesondere hat der jeweilige NATO-Partner in diesem Rahmen selbst die Entscheidung darüber zu treffen, wie er eine Krankenversorgung seiner Truppe und der zivilen Angehörigen sicherstellt.

Die US-amerikanischen Streitkräfte haben die Entscheidung getroffen, in der WSA durch Neubau eines Klinikums eine zentrale Einrichtung für die medizinische Versorgung der in Deutschland und Europa stationierten Truppen und ihrer Familienangehörigen sowie für Einsatzkräfte aus dem Nahen und Mittleren Osten zu schaffen. Wie sich aus Art. IX Abs. 3 des NATO-Truppenstatutes ergibt, handelt es sich bei Einrichtungen zur medizinischen Versorgung der Truppen sowie von Angehörigen um Einrichtungen, die der Landesverteidigung dienen. Wegen der Gleichstellung der US-amerikanischen Streitkräfte über das NATO-Truppenstatut mit der Bundeswehr kommt es dabei nicht darauf an, dass diese Einrichtungen den amerikanischen Gaststreitkräften und nicht der Bundeswehr dienen. Soweit beantragt worden ist, Flächen für

- die Errichtung des US-Klinikums Weilerbach einschließlich der Zufahrten, Parkhäuser und Parkplätze sowie der Nebeneinrichtungen und
- einen neuen Eingangskontrollpunkt (ACP)

zu schaffen, liegen die Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 S. 1 BWaldG vor. Denn die genannten Einrichtungen dienen gemäß Art. 9 Abs. 3 NATO-Truppenstatut unmittelbar Verteidigungszwecken. Sie sind zur Aufrechterhaltung der Verteidigungsbereitschaft der US-amerikanischen Streitkräfte erforderlich.

3.3 Voraussetzungen für die Waldumwandlung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 2 LWaldG RhPf

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 2 LWaldG RhPf sind erfüllt.

Nach den genannten Bestimmungen sind die Rechte, Pflichten und wirtschaftlichen Interessen des Waldbesitzers sowie die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Versagt werden soll die Waldumwandlungsgenehmigung, wenn die Erhaltung des Waldes im überwiegenden öffentlichen Interesse liegt, insbesondere wenn der Wald für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung von wesentlicher Bedeutung ist.

Bei der Entscheidung nach § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG RhPf handelt es sich um eine Abwägungsentscheidung, die der vollen gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Ein Ermessen oder ein Beurteilungsspielraum kommt der entscheidenden Behörde bei der Anwendung des § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG RhPf nicht zu (st. Rechtsprechung, vgl. z.B. OVG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 24.11.1999 – 2 L 30/98 -, NuR 2000, 471 ff. m.w.N.). Nach der Rechtsprechung besteht ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Genehmigung, soweit der Versagungsgrund des überwiegenden öffentlichen Interesses nicht gegeben ist. Ob Versagungsgründe vorliegen, ist eine Rechtsfrage.

Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange hat der Vorhabenträger einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG RhPf.

3.3.1 Keine entgegenstehenden öffentlichen Interessen i. S. d. §§ 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG RhPf

Die in § 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG RhPf genannten öffentlichen Interessen stehen einer Waldumwandlungsgenehmigung nicht entgegen.

Die Erhaltung des Waldes in der WSA liegt nicht im überwiegenden öffentlichen Interesse. Für die forstwirtschaftliche Erzeugung oder die Erholung der Bevölkerung ist der Wald nicht von wesentlicher Bedeutung. Eine Erholungsnutzung durch die Bevölkerung findet auf der Fläche der WSA als militärischer Liegenschaft nicht statt. Auch im näheren Umfeld der WSA wird die Erholungsnutzung nicht durch den Wald auf der WSA geprägt. Vielmehr ist die Erholungsnutzung durch die vorhandenen Einrichtungen und hier insbesondere die stark frequentierten Straßen der Autobahn A 6 und der Landstraße L 396 sowie die Ramstein Air Base erheblich belastet. Vor diesem Hintergrund kommt dem Wald auf der WSA, der für Zwecke des US-Klinikums Weilerbach gerodet werden soll, keine wesentliche Bedeutung für die Erholung zu.

Auch für die forstwirtschaftliche Erzeugung ist der zu rodende Wald nicht von wesentlicher Bedeutung. Es handelt sich um eine relativ kleine Fläche. Forstwirtschaftlich besonders wertvolle Bäume stocken nicht auf der zu rodenden Fläche. Zu berücksichtigen ist im vorliegenden Zusammenhang darüber hinaus, dass die forstwirtschaftliche Funktion durch Ersatzaufforstungen bzw. Strukturverbesserungen in den angrenzenden und umliegenden Wäldern ausgeglichen werden wird. Schließlich handelt es sich bei der WSA um eine militärische Liegenschaft. Die forstwirtschaftliche Nutzung der in Rede stehenden Fläche wurde schon in der Vergangenheit durch die vorangehende militärische Nutzung als

Militärdepot stark beeinträchtigt. Die militärische Nutzung des Waldes ist durch vielfältige Einrichtungen, wie Straßen, Bunker und Gebäude sowie den Verladebahnhof vorgeprägt. Auch dies bedingt eine Verringerung der forstwirtschaftlichen Wertigkeit der zu rodenden Flächen schon in der Vergangenheit, wofür der Waldeigentümer bereits eine Entschädigung nach Ziff. 18 NV-Wald erhält.

Auch für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts ist der zu rodende Wald nicht von wesentlicher Bedeutung. Die Fläche, die für Zwecke der Errichtung des US-Klinikums Weilerbach gerodet werden soll, ist zwar Lebensraum zahlreicher Tiere und Pflanzen, darunter auch besonders geschützter Tiere und Pflanzen wie der Wildkatze, der Bechsteinfledermaus, der Mauereidechse, der Zauneidechse und der Kreuzkröte. Durch eine Optimierung der Standortauswahl ist jedoch erreicht worden, dass die Beeinträchtigung der Funktionen des Waldes für den Lebensraum von Tieren und Pflanzen minimiert worden ist. Insbesondere wird der Wanderkorridor für die Wildkatze erhalten bleiben und durch zahlreiche Maßnahmen so optimiert werden, dass eine Beeinträchtigung des Lebensraums der Wildkatze in der WSA voraussichtlich nicht eintreten wird. Für Zauneidechse, Mauereidechse und Kreuzkröte werden Umsiedlungsmaßnahmen mit der Folge durchgeführt, dass für die Lebensraumfunktionen, die durch Rodung verloren gehen werden, Ersatzlebensräume in ähnlicher Qualität geschaffen werden. Möglicherweise wird durch die Rodung der Lebensraum der Bechsteinfledermaus, die standorttreu ist, erheblich beeinträchtigt, ohne dass diese Folgewirkungen zeitnah, das heißt ohne Unterbrechung der ökologischen Funktion, kompensiert werden könnten. Hieraus folgt jedoch nicht, dass die zu rodenden Flächen für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts wesentlich sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass selbst bei Tötung von einzelnen Exemplaren der Bechsteinfledermaus als Folge der Errichtung des US-Klinikums Weilerbach die regionale Population der Bechsteinfledermaus nicht beeinträchtigt werden wird. Wie in der UVS und der saP im Einzelnen festgestellt worden ist, handelt es sich beim Lebensraum der Bechsteinfledermaus in der WSA nicht um einen Lebensraum hervorragender oder guter Ausprägung. Solche Lebensräume sind im regionalen Umfeld z.B. im Naturraum Saar-Nahe-Bergland vorhanden. Diese werden durch die zu rodenden Flächen in der WSA aber nicht beeinträchtigt. Vorsorglich wurden in der saP für die Art Bechsteinfledermaus die naturschutzfachlichen Voraussetzungen für eine Ausnahme gem. § 45 Abs. 7 BNatSchG geprüft. Der Gutachter kam dabei zu dem Ergebnis, dass die nach § 45 Abs. 7 BNatSchG erforderlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Ausnahme erfüllt sind. Insbesondere wurde dabei festgestellt, dass die Rodungsmaßnahme in der WSA zu keiner Verschlechterung des jetzigen günstigen Erhaltungszustandes der Population der Bechsteinfledermaus im Sinne des § 45 Abs. 7 BNatSchG auf Ebene des Naturraumes und somit in Rheinland-Pfalz führt. Weiterhin dienen

die geplanten Waldumbaumaßnahmen (Mk1) als Maßnahmen zur Sicherung des Erhaltungszustandes der Art (FCS-Maßnahmen). Hieraus folgt zugleich, dass die zu rodenden Flächen in der WSA für den Lebensraum der Bechsteinfledermaus auf der Betrachtungsebene des Naturraums nicht von wesentlicher Bedeutung sind.

Zu berücksichtigen im vorliegenden Zusammenhang ist weiter, dass die Eingriffe in den Naturhaushalt, die durch Rodung der Waldfläche für Zwecke der Errichtung des US-Klinikums Weilerbach erfolgen, durch zahlreiche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie durch sog. CEF-Maßnahmen kompensiert werden. Die Funktionen für den Naturhaushalt, die die zu rodenden Flächen derzeit haben, können durch die vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen ungeschmälert aufrechterhalten bleiben. Hieraus folgt zugleich, dass die Funktionen der zu rodenden Flächen für den Naturhaushalt nicht wesentlich sind. Denn wenn sie an anderer Stelle durch Kompensationsmaßnahmen aufrechterhalten bleiben und zum Teil optimiert werden können, wirkt sich der Entfall der Funktionen der zu rodenden Flächen auf den Naturhaushalt nicht aus.

Insgesamt kann damit festgestellt werden, dass Versagungsgründe im Sinne des § 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG der Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung nicht entgegenstehen.

3.3.2 Abwägung

Für den Bau des US-Klinikums Weilerbach besteht ein besonderes öffentliches Interesse. Wie das Bundesverwaltungsgericht festgestellt hat, hat die Landesverteidigung für den äußeren Bestand des Gemeinwesens eine überragende Bedeutung (BVerwG, Urt. v. 03.12.1992, a.a.O.). Das gilt ungeachtet dessen, dass sich die weltpolitische Lage seit 1989 erheblich verändert hat. Die Gewährleistung einer unbedingten Verteidigungsbereitschaft der NATO-Streitkräfte hat auch angesichts der internationalen terroristischen Bedrohung und der vielfältigen militärischen Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt nach wie vor eine herausragende Bedeutung.

Die Errichtung des US-Klinikums Weilerbach dient dazu, die Verteidigungsbereitschaft der US-Militärstreitkräfte zu erhalten und sicherzustellen. Als zentrales Klinikum für die US-Streitkräfte in Deutschland, Europa und für die Einsatzkräfte im Nahen und Mittleren Osten sowie die Familienangehörigen von in Deutschland stationierten Soldaten erfüllt das Klinikum eine zentrale Funktion in der Gesundheitsversorgung der US-Streitkräfte. Für die Verteidigungsbereitschaft ist die Gesundheitsversorgung von zentraler Bedeutung. Dasselbe gilt für die Versorgung von in Einsätzen verwundeten Soldaten. Ohne eine qualifizierte medizinische Versorgung lässt sich die Einsatzbereitschaft von Streitkräften dauerhaft nicht

gewährleisten. Jedenfalls würde diese hierdurch erheblich beeinträchtigt werden. Die Versorgung der US-Streitkräfte und der Angehörigen der hier stationierten US-Soldaten hat deshalb einen herausragenden Stellenwert im Bereich des Verteidigungsauftrages der NATO-Streitkräfte.

Dabei kommt der Gewährleistung einer medizinischen Versorgung auf hohem Niveau, die zugleich den spezifischen Anforderungen der US-Streitkräfte Rechnung trägt, ein hoher Stellenwert zu. Die bisherige medizinische Versorgung ist dadurch geprägt, dass lange Transportwege zum Klinikum Landstuhl in Kauf genommen werden müssen. Darüber hinaus gibt es im Klinikum Landstuhl nicht nur bauliche Mängel. Vielmehr ist es von seiner baulichen Struktur her nicht geeignet, eine moderne klinische Versorgung der Angehörigen der US-Streitkräfte dauerhaft auf hohem Niveau zu gewährleisten. Insbesondere eine synergetische Nutzung von Einrichtungen, durch die nicht nur Effizienzgewinne erzeugt werden, sondern zugleich auch die Qualität der medizinischen Versorgung erheblich und nachhaltig verbessert werden kann, ist in der Einrichtung in Landstuhl nicht möglich. Ziel der Errichtung des Klinikums in Weilerbach ist es, die Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern und zugleich durch räumliche Nähe zur Ramstein Air Base und Verzicht auf Transport von Kranken und Verletzten über öffentliche Straßen den militärischen und Sicherheitsanforderungen der US-Streitkräfte Rechnung zu tragen. Die Erreichung dieses Ziels im Interesse der Erhaltung und Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte begründet gleichzeitig ein überragendes öffentliches Interesse.

Gegenüber diesem Interesse müssen entgegenstehende Naturschutzbelange zurückstehen. Der hohe Stellenwert, den die WSA wegen der dort vorkommenden zahlreichen teils besonders geschützten Arten hat, wird dabei nicht verkannt. Das gilt insbesondere für das Vorkommen der Wildkatze, der Bechsteinfledermaus, der Zauneidechse, der Mauereidechse und der Kreuzkröte als besonders geschützte Arten. Die Errichtung des US-Klinikums Weilerbach hat jedoch nicht zur Folge, dass die Lebensraumqualität für die vorgenannten besonders geschützten Arten sowie andere Arten nachhaltig verschlechtert wird. Vielmehr ergibt die Bilanzierung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung, der forstliche Ausgleich sowie die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die zur Erhaltung und Verbesserung der Funktionen der gestörten Funktionen des Naturhaushaltes durchgeführt werden, dass sich die Lebensraumqualität nach Durchführung der Baumaßnahmen nicht verschlechtert, sondern in vielen Bereichen und hier insbesondere für besonders geschützte Arten wie die Wildkatze verbessern wird. Der Eingriff in die Funktionen des Naturhaushaltes und den Lebensraum für Tiere und Pflanzen, der durch die Errichtung des US-Klinikums verursacht wird, wirkt deshalb nicht dauerhaft, sondern wird in einer Weise kompensiert, die letztlich keine erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushalts zurückbleiben lässt. Insbesondere wird

auch der Bestand der Populationen besonders geschützter Arten nicht beeinträchtigt werden. Die Belange des Naturhaushaltes werden deshalb bei Einbeziehung der vorgesehenen Kompensationsmaßnahmen nur in relativ geringwertiger Weise betroffen. Vor diesem Hintergrund überwiegen die Belange der Verteidigung, die mit der Errichtung des US-Klinikums Weilerbach verfolgt werden, eindeutig die dem Vorhaben entgegenstehenden Naturschutzbelange. Im Übrigen wird durch die Auflagen **B. 2.2.6** und **B. 2.2.14.1** vorgeschriebene Monitoring für die Wildkatze sichergestellt, dass Beeinträchtigungen und Störungen des Lebensraumes der Wildkatze - und hier insbesondere des Wanderkorridors - erkannt werden und auf solche Störungen und Beeinträchtigungen durch zusätzliche den Lebensraum sichernde Maßnahmen reagiert werden kann.

Durch den Bau des Klinikums, aber auch durch den durch das Klinikum hervorgerufenen erhöhten Zu- und Abfahrtsverkehr sowie den vorgesehenen Hubschrauberlandeplatz werden keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch unzulässigen Lärm für schutzwürdige Nutzungen in der Nachbarschaft ausgelöst werden. Nach den schalltechnischen Gutachten sind durch den erhöhten Zu- und Abfahrtsverkehr keine schädlichen Umwelteinwirkungen zu erwarten. Die für den Baustellenlärm dem Bescheid beigefügten Auflagen stellen sicher, dass während der Rodung die Lärmgrenzwerte der AVV Baulärm in Wohnbereichen in der Nähe der Baustelle nicht überschritten werden.

Der Bau des US-Klinikums hat auch Auswirkungen auf den Wasserhaushalt. Der Reinhaltung von Grund- und Oberflächenwasser, der Funktionsfähigkeit von Fließgewässersystemen insbesondere auch in ihrer Bedeutung für den Naturhaushalt sowie der Trinkwasserversorgung kommt ein hoher Stellenwert zu. Diese Belange werden jedoch durch den Bau des Klinikums Weilerbach allenfalls in geringwertiger Weise beeinträchtigt; überwiegend wird durch Auflagen im Genehmigungsbescheid sichergestellt, dass eine Beeinträchtigung wasserwirtschaftlicher Belange durch die Errichtung und Nutzung des US-Klinikums Weilerbach nicht erfolgen wird. Eine geringfügige Beeinträchtigung wird möglicherweise trotz der für den Zufluss von Wasser vorgesehenen Maßnahmen für das Feuchtbiotop in der Nähe des US-Klinikums eintreten. Nach den Ermittlungen in der UVS und im hydrogeologischen Gutachten wird ein Minderzufluss im Vergleich zum jetzigen Zustand in einer Größenordnung von 12,5 % eintreten. Durch diesen Minderzufluss wird die Funktionsfähigkeit des Feuchtbiotops und insbesondere seine Bedeutung als Lebensraum für Tiere und Pflanzen jedoch nicht erheblich beeinträchtigt. Das Niederschlagswasser von den befestigten Flächen wird soweit wie möglich und durch Rückhaltemaßnahmen zeitlich verzögert im Einzugsbereich des Feuchtbiotops versickert oder in das Oberflächengewässersystem eingeleitet und stützt so weiterhin den Wasserhaushalt des Biotops. Eine verbleibende Beeinträchtigung, wenn sie denn überhaupt eintreten wird, muss

hinter dem überragenden Gemeinwohlbelang der Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft durch Errichtung des US-Militärkrankenhauses Weilerbach zurückstehen.

Die Auflagen, die für die Ableitung verschmutzter Abwässer gelten, stellen darüber hinaus sicher, dass weder eine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung noch einer geordneten Abwasserbeseitigung durch Errichtung und Nutzung des US-Klinikums Weilerbach erfolgen wird. Dabei ist zunächst zu berücksichtigen, dass Straßen, befestigte Flächen und der ACP nach den der Genehmigung beigefügten Auflagen so errichtet werden müssen, dass das auf diesen Flächen anfallende Niederschlagswasser gesammelt und grundsätzlich erst nach Reinigung versickert werden darf. Durch diese Auflage ist sichergestellt, dass es durch Niederschlagswasser von befestigten Flächen nicht zu einer Beeinträchtigung der Grund- und Oberflächengewässerqualität und damit zu einer Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung kommen kann. Für die Schmutzwasserbeseitigung aus dem Klinikum stellen die im Bescheid verfügbaren Auflagen sicher, dass die Krankenhausabwässer nach dem Stand der Technik behandelt werden. Das bedeutet, dass besonders belastete Abwasserteilströme vor Einleitung in die öffentliche Kanalisation vorbehandelt oder als Abfall getrennt erfasst und entsorgt werden müssen. Der Stand der Technik ist im Merkblatt „DWA-M 775 vom Dezember 2010“ der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. näher beschrieben. Hierdurch ist sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit der Abwasserentsorgungsanlagen in Kaiserslautern, in die die Abwässer des Klinikums über eine Druckrohrleitung eingeleitet werden, nicht beeinträchtigt werden und es durch den Betrieb des Klinikums über den Abwasserpfad nicht zu Gesundheitsbelastungen der Bevölkerung kommen kann.

Hinzuweisen ist überdies auf das vorgesehene Grundwassermonitoring, mit dessen Hilfe nachteilige Veränderungen des Wasserhaushalts durch Errichtung und Betrieb des US-Klinikums Weilerbach erkannt und Maßnahmen zur Verhinderung solcher nachteiliger Auswirkungen frühzeitig ergriffen werden können.

Eine Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes, der Trinkwasserversorgung und einer geordneten Abwasserbeseitigung findet deshalb durch Errichtung und Betrieb des US-Klinikums Weilerbach nicht statt mit der Folge, dass auch dieser Belang dem Aspekt der Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte durch Bau des US-Klinikums Weilerbach nachrangig ist.

Bei einer Gesamtbetrachtung der Wirkungen der Errichtung und des Betriebs des US-Klinikums Weilerbach ist der hiermit verfolgte Zweck der Erhaltung und Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft der US-Streitkräfte gegenüber den Belangen des Naturschutzes, des

Wasserhaushaltes und des Lärmschutzes wegen der nach Durchführung von Ausgleichs- und Ersatz- sowie Sicherungsmaßnahmen verbleibenden allenfalls geringfügigen Beeinträchtigung dieser Belange vorrangig. Die Abwägung der durch die Errichtung des US-Klinikums Weilerbach berührten öffentlichen und privaten Belange führt deshalb zum Ergebnis, dass die Voraussetzungen für eine Erteilung einer Waldumwandlungsgenehmigung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG erfüllt sind.

Die beantragte Waldumwandlungsgenehmigung war deshalb zu erteilen, soweit hierdurch Zwecke der Verteidigung verfolgt werden.

4. Nebenbestimmungen

Gemäß § 14 Abs. 1 S. 3 LWaldG kann die Waldumwandlungsgenehmigung befristet und unter Auflagen und Bedingungen erteilt werden. Das Bundesrecht sieht zwar in § 9 Abs. 1 BWaldG die Möglichkeit der Beifügung von Nebenbestimmungen nicht vor. Gemäß § 36 Abs. 1 VwVfG ist die Beifügung von Auflagen zulässig, wenn diese sicherstellen sollen, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für den Erlass des Verwaltungsakts erfüllt werden. Die beigefügten Auflagen sind auf der Grundlage dieser Regelung zulässig, da sie sicherstellen, dass die Waldumwandlungsgenehmigung im Einklang mit den einschlägigen gesetzlichen Regelungen des Forstrechts, des Naturschutzrechts, des Immissionsschutzrechts und des Wasserrechts erteilt wird.

4.1 Forstrechtliche Nebenbestimmungen

Gemäß § 14 Abs. 2 S. 1 LWaldG RhPf kann die Genehmigung zur Waldumwandlung davon abhängig gemacht werden, dass die Antragstellerin Ersatzaufforstungen nachweisen. Nach S. 3 der Regelung soll die Flächengröße der Ersatzaufforstung dabei den Verlust der gerodeten oder in einer anderen Nutzungsart umgewandelten Waldflächen ausgleichen.

Wie in der Bewertung im Einzelnen dargestellt, werden die gerodeten Flächen im Verhältnis 1:1 wieder aufgeforstet werden. Die Auflage **A. 2.1** stellt dies rechtlich sicher. Zwar ergibt sich aus dem Aufforstungsverzeichnis eine Differenz in der Aufforstungsfläche in einer Größe von 22.670 m². Es ist jedoch sichergestellt, dass die Ersatzaufforstung dieser Fläche über die Waldflächenausgleichskonten des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz realisiert wird, sodass insgesamt eine Aufforstung in einer Größe erfolgt, die den Anforderungen des § 14 Abs. 2 S. 3 LWaldG entspricht. Den Anforderungen des § 14 Abs. 2 LWaldG ist damit Rechnung getragen,

Soweit eine Flächendifferenz zwischen der gerodeten Fläche und der aufzuforstenden Fläche bei Umsetzung des Aufforstungsverzeichnisses gemäß **A. 2.1** dieses Bescheides verbleibt, stellt die Auflage **A. 2.1** sicher, dass diese Flächendifferenz durch weitere Aufforstungen ausgeglichen wird. Auch hiermit wird § 14 Abs. 2 S. 1 LWaldG RhPf Rechnung getragen, denn hiernach hat die Antragstellerin nachzuweisen, dass eine Wiederaufforstung stattfindet. Diesen Nachweis muss die Antragstellerin nach der Auflage **A. 2.1.2** spätestens bis zur Beendigung der Bauarbeiten (Schlussabnahme durch die Bauverwaltung) erbringen.

Durch die Auflage **A. 2.1.3.** wird weiter sichergestellt, dass die Aufforstungen auch tatsächlich durchgeführt werden können. Dies setzt voraus, dass in den Fällen, in denen die Antragstellerin nicht Eigentümer der Flächen ist, auf denen die Aufforstungen durchgeführt werden sollen, der Eigentümer oder sonst dinglich Berechtigte der Aufforstung und einer Kontrolle deren Umsetzung durch die Antragstellerin oder einer von diesem hierzu beauftragten Stelle zustimmt. Die Auflage **A. 2.1.3** stellt dies sicher; hierüber ist ein Nachweis zu erbringen.

Weiter ist nach der Auflage **A 2.1.4** die Pflege und dauerhafte Erhaltung der Aufforstung sicherzustellen. Diese Anforderung ist erforderlich, weil die durch die Waldumwandlung gestörten Funktionen des gerodeten Waldes durch die Wiederaufforstung dauerhaft erhalten und sichergestellt werden sollen. Dies setzt wiederum voraus, dass in den Fällen, in denen die Antragstellerin nicht Eigentümer der Flächen ist, auf denen die Aufforstungen durchgeführt werden sollen, der Eigentümer oder sonst dinglich Berechtigte der Pflege und der dauerhaften Erhaltung der Ersatzaufforstungen und einer Kontrolle deren Umsetzung durch die Antragstellerin oder einer von diesem hierzu beauftragten Stelle zustimmt. Die Auflage **A. 2.1.3** stellt dies sicher; hierüber ist ein Nachweis zu erbringen

4.2 Sonstige Nebenbestimmungen

In den Bescheid sind im Übrigen alle sonstigen Nebenbestimmungen aufgenommen worden, die auf der Grundlage der durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfung zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich sind, um bei der Verwirklichung des Vorhabens die Einhaltung umweltrechtlicher Vorschriften und hier insbesondere solcher des Naturschutzrechts, des Immissionsschutzrechts und des Wasserrechts sicherzustellen.

Die Begründung für die einzelnen Auflagen ergibt sich aus der Bewertung der Umweltverträglichkeit sowie dem landschaftspflegerischen Begleitplan und der saP, die als **Anlagen 1 und 2** Bestandteile dieses Bescheides sind.

5. Beteiligung der Oberen Naturschutzbehörde bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd des Landes Rheinland-Pfalz mit Sitz in Neustadt a.d.W.

Das Verfahren gemäß § 45 Abs.2 BWaldG hat keine konzentrierende Wirkung hinsichtlich der gleichzeitig notwendigen Verfahren zur Eingriffsregelung gemäß Naturschutzrecht. Daher wurde auf der Grundlage von § 17 Abs.1 BNatschG ein Benehmen mit der zuständigen Oberen Naturschutzbehörde hergestellt.

Zuständige Obere Naturschutzbehörde ist die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd des Landes Rheinland-Pfalz mit Sitz in Neustadt a.d.W. (SGD Süd). Die SGD Süd hat dem Verfahren gemäß § 45 Abs.2 BWaldG und dem vorstehenden Bescheid aus naturschutzrechtlicher Sicht mit Schreiben vom 28.01.2014 vollumfänglich zugestimmt.

6. Verfügbarkeit der Rodungsflächen

Die Rodungsflächen stehen überwiegend im Eigentum des Landes Rheinland-Pfalz und nur in einem geringen Umfang im Eigentum des Bundes. Hinzu kommt, dass die landeseigenen Flächen mit Rechten der sog. Reichswaldgenossenschaft (RWG) belegt sind.

Zum Zwecke des Nachweises der Verfügbarkeit der Rodungsflächen liegt eine zwischen dem Land Rheinland-Pfalz (Landesforsten), vertreten durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Hauptstelle Verwaltungsaufgaben der Direktion Koblenz, ausgehandelte Besitzeinweisungsvereinbarung vor. Diese sieht in § 3 (Bauerlaubnis) vor, dass das Land Rheinland-Pfalz der Bundesrepublik Deutschland nach Vorliegen der Rodungsgenehmigung nach § 45 BWaldG die Erlaubnis erteilt, nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Genehmigungen unverzüglich mit allen erforderlichen Rodungs- und Baumaßnahmen zur Verwirklichung des Projektes zu beginnen.

Auch unter Berücksichtigung der Rechte der RWG ist letztlich ein Flächentausch unter Neuordnung der Eigentumsverhältnisse vorgesehen, falls erforderlich unter Abgeltung eines Wertausgleichs.

7. Rechtliche Sicherstellung der Realisierung des Vorhabens

Die Realisierung des Vorhabens ist insgesamt rechtlich sichergestellt. Die SGD Süd hat die baurechtliche Zulässigkeit geprüft. Durch Schreiben vom 22.01.2014 hat sie mitgeteilt, dass die Voraussetzungen für eine bauaufsichtliche Zustimmung nach § 37 Abs. 2 i.V.m Abs. 1 BauGB vorliegen.

Mit Schreiben – ebenfalls vom 22.01.2014 – hat der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz (LBM) mitgeteilt, dass mit einem Planfeststellungsbeschluss für den Kreisverkehrsplatz zur verkehrlichen Anbindung des Vorhabens zu rechnen ist.

Bescheid	2
1. Zulassung der Waldumwandlung	2
2. Nebenbestimmungen	2
3. Verweise auf Anlagen und Unterlagen	34
Begründung	36
1. Zuständigkeit	36
2. Verfahren	37
2.1 Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung	37
2.2 Verwaltungsverfahren	37
2.2.1 Antragstellung	37
2.2.2 Feststellung der UVP-Pflicht	37
2.2.3 Scopingtermin	38
2.2.4 Behörden/Öffentlichkeitsbeteiligung	38
2.2.4.1 Behördenbeteiligungsverfahren	38
2.2.4.2 Auslegung der Planunterlagen	38
2.2.4.3 Einwendungen	39
2.2.4.4 Erörterungstermin	39
2.2.4.4.1 Ablauf des Erörterungstermins	39
2.2.4.4.2 Anträge	40
2.2.4.4.2.1 Antrag des Herrn Sonn auf Beendigung des Erörterungstermins	40
2.2.4.4.2.2 Antrag des Herrn Sonn auf Feststellung der Präsenz der Beteiligten	41
2.2.4.4.2.3 Antrag des Herrn Lukas zur textlichen Beschreibung der forstlichen Ausgleichsmaßnahmen	41
2.2.4.4.2.4 Antrag des Herrn Markus zur Durchführung eines weiteren Erörterungstermins	42
3. Entscheidung	42

3.1	Verfahren nach § 45 Abs. 2 BWaldG	42
3.2	Voraussetzungen des § 45 Abs. 2 S. 1 BWaldG	43
3.3	Voraussetzungen für die Waldumwandlung gemäß § 9 Abs. 1 BWaldG / 14 Abs. 2 LWaldG RhPf	44
3.3.1	Keine entgegenstehenden öffentlichen Interessen i. S. d. §§ 9 Abs. 1 S. 3 BWaldG / 14 Abs. 1 LWaldG RhPf	45
3.3.2	Abwägung	47
4.	Nebenbestimmungen	51
4.1	Forstrechtliche Nebenbestimmungen	51
4.2	Sonstige Nebenbestimmungen	52
5.	Beteiligung der Oberen Naturschutzbehörde bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd des Landes Rheinland-Pfalz mit Sitz in Neustadt a.d.W.	53
6.	Verfügbarkeit der Rodungsflächen	53